

Andere wieder werden sicher über den naiv-scurrilen Gehalt der Sprache zum Schmunzeln verführt. Der Mehrzahl der Betrachter wird ohne viel Mühe auffallen, daß hier in einem vorwurfsvollen und beleidigten Tonfall an die Adresse des IM-Kandidaten über die Atmosphäre des stattgefundenen Kontaktgesprächs reflektiert wird.

Ich meine, daß es kaum der Mühe wert ist, analytisch auszuschweifen. Ich habe diese Zeilen wiederholt mit viel Schwejskscher Ironie gelesen und zugleich ohne Zaudern festgestellt, daß gerade diese Sicht eines Führungsoffiziers wie selten verständlich vor Augen führt, wie autonom sich Menschen gegenüber den Vertretern des MfS zu verhalten wußten. Die Niederschrift dieses Führungsoffiziers beherbergt in aneinandergereihter Dichte relevante und ins Banal-Lustige tendierende Verhaltensmerkmale eines Menschen, die den angestrebten Heimlichkeiten und Vertraulichkeiten elementar zuwiderliefen. Das als kurze Reflexion zu diesem Gespräch.

Ich habe am Ende dieser Schlußfolgerungen noch einmal das Wort „autonom“ in den Raum gestellt. Ich denke, daß es den Bogen zu den eingangs gemachten Ausführungen spannen kann, die letzten Endes vor Augen führen sollten, daß es immer wieder sehr existentielle Fragen für Menschen gab, die geklärt werden mußten, daß also innere Befindlichkeiten vorhanden waren, die Menschen in Zerrissenheiten und immer wieder auch zu einem selbstquälerischen Abwägen führten, ob man sich in diese Verweigerung hineinbegeben sollte. Letztlich ist es doch so, daß sich diese Menschen am Ende des Prozesses als autonome Subjekte bewiesen haben und ihren eigenen moralischen Überzeugungen und ihrem Wertgefühl gefolgt sind.

(Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Schmidt, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und Ihr Material. Ich danke Ihnen herzlich dafür, weil das noch einmal deutlich gemacht hat, daß es unter den über zwölf Millionen Erwachsenen, die es am Ende in der DDR gegeben hat, sehr viele Menschen gab, die nicht zu schmutziger Tätigkeit fähig gewesen sind, die das nicht tun wollten, die sich dem verweigert haben, und daß es nur wenige tausend gewesen sind, die sich für die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit zur Verfügung gestellt haben. Für mehr als zwölf Millionen Menschen, also fast alle, ist das eine unanständige Tätigkeit gewesen.

Herr Schmieder, bitte.

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Ich darf mich jetzt insbesondere bei Herrn Schmidt bedanken, daß er uns mit seinem reich illustrierten Vortrag wieder ins Bild gesetzt hat. Ich stelle fest, wir sind eigentlich schon wieder mitten im Gespräch miteinander. Ich darf an dieser Stelle meiner Freude Ausdruck verleihen, daß ich hier viele Zuhörer sehe, die auch gestern an der Veranstaltung teilgenommen haben.

In diesem Zusammenhang kann ich auch darauf hinweisen, daß wir heute nicht neu beginnen, sondern wir haben die Veranstaltung gestern nur für wenige Stunden unterbrochen und setzen sie heute mit dieser Anhörung fort. Ich möchte versuchen, den Bogen von gestern zu heute zu schlagen, indem ich das aufgreife, was Jürgen Fuchs gestern sagte, als er sich bei der Enquete-Kommission dafür bedankte, daß mit der Anhörung von Zeitzeugen der Jenaer Kreise der Opposition erst möglich gemacht wurde, daß sich die „Fünfziger“, „Sechziger“ und „Siebziger“ persönlich kennenlernten und hier von ihren Aktivitäten erfuhren.

Was die Aufgaben der Enquete-Kommission betrifft, sind wir an dem Punkt unseres Selbstverständnisses angelangt. Wir können im Prinzip hier nur anregen, initiieren, zusammenführen und zusammentragen. Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, daß die Enquete-Kommission keinen Alleinvertretungsanspruch für die Aufarbeitung der Vergangenheit hat, sondern wir brauchen genau das, was heute passiert: Wir brauchen die Unterstützung aller Bürger, die sich mit uns gemeinsam für diese Aufarbeitung engagieren wollen, denn nur so gelingt es, alle Facetten zu erfassen und nach Möglichkeit viele Details kennenzulernen. Dann gelingt es, daß wir uns alle mit dem Namen ansprechen, denn dann kennen wir uns alle. Im Prinzip wirken bis dahin die Selektierung und die Entsolidarisierung, wie sie durch das SED-Regime und insbesondere durch die Stasi vorgenommen worden sind, fort. Wir können dem nur entgegenwirken, indem wir versuchen, gemeinsam die Aufarbeitung zu betreiben, denn viele Schicksale sind noch unbekannt. Das gilt insbesondere für Einzelschicksale.

Während wir gestern versucht haben, dekadenweise – für die fünfziger, sechziger und siebziger Jahre – die Möglichkeiten von oppositionellem und widerständigem Verhalten aufzuarbeiten, wollen wir uns heute, zumindest in der ersten Runde, verstärkt mit Einzelschicksalen beschäftigen, mit persönlichem Widerstand. Gestern war für mich noch deutlich, daß zumindest in den fünfziger Jahren parteiübergreifend Opposition möglich war. Wir haben gehört von Hochschulgruppen, die hier in Jena gewirkt haben. Es gab auch Gewerkschaftsaktivitäten, die man als Opposition begreifen konnte. Wir haben diesen Dekadenablauf unterbrochen durch die Jenaer Runde gestern abend. Die erste Gesprächsrunde heute hat den gleichen Duktus. Wir wollen also ohne definitiven Zeitbezug versuchen, Einzelschicksale, einzelnes widerständiges Verhalten zu untersuchen, und werden in der zweiten Runde heute nachmittag die achtziger Jahre noch einmal als Dekade insgesamt beleuchten.

Wir wollen uns zunächst vorstellen, um uns auch persönlich bekannt zu machen. Ich beginne mit Frau Bartl, bitte.

**Eva-Maria Bartl:** Mein Name ist Eva-Maria Bartl.

Ich möchte mich beim Vorsitzenden und bei den Kommissionsmitgliedern

bedanken für die Einladung, hier als Zeitzeugin zu sprechen. Ich bin froh, daß mir das Publikum Aufmerksamkeit entgegenbringt.

Ich will mich in der kurzen Vorstellung zunächst auf meine Biographie beschränken. Ich bin 1955 geboren, habe also bewußt gelebt in einem Land, in dem ich die Mauer bereits vorgefunden habe. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, daß sie gebaut wurde.

Ein Blick auf meine Eltern: Mein Vater hat in der DDR eine Ausbildung als Lehrer mit Schwerpunkt Pionierleiter absolviert, hat dann Karriere gemacht und war bis zum Schluß im Zentralrat der FDJ in hoher Funktion tätig. Mein Stiefvater ist Arbeiter, hat in den siebziger Jahren das SED-Mitgliedsbuch abgegeben und gleichzeitig seine Bereitschaft, in der Kampfgruppe mitzuwirken, zurückgenommen. Das zeigt das Spannungsfeld, in dem ich aufgewachsen bin. Einer meiner Brüder ist auf der Halleschen Stasi-Liste, von der einige von Ihnen wissen, als IM erschienen, was vorher der Familie nicht bekannt war. Ich will aber dazu sagen, daß in meiner Stasi-Akte von meinem Bruder nichts zu finden ist.

Meine Ausbildung habe ich in Halle genossen, wo ich auch geboren bin: Grundschule, Oberschule. Ich habe einen Beruf, habe an der Humboldt-Universität in Berlin Psychologie studiert, übe diesen Beruf auch aus, ununterbrochen, in den letzten Jahren sehr begrenzt, teilzeitbeschäftigt wegen der beiden Kinder, die ich habe.

Ich habe seit der Oberschulzeit versucht, mich in den Bereichen, wo Einflüsse der SED-Diktatur zu sehr in mein persönliches Leben hineinreichten, zu verweigern. Ich bin Herrn Schmidt dankbar, daß er den Begriff der „passiven Verweigerung“ eingebracht hat. Ich meine, die Beispiele, die ich zu nennen habe, kann man vielleicht unter einem solchen Stichwort am ehesten fassen.

Anfang der achtziger Jahre habe ich mich über persönliche Abgrenzung und Verweigerung hinaus einer Friedensgruppe angeschlossen. Wir nannten uns „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“, sind als „Ärztelkreis“ im Raum Halle und darüber hinaus bekannt gewesen. Ich habe in dieser Zeit begonnen, mich doch mehr in organisierten Formen des Abgrenzens und Nein-Sagens zu bewegen. Der Grund dafür war weniger das Leiden unter der SED-Diktatur als die existentielle Bedrohung, die ich in der Zeit des Kalten Krieges sehr spürte. (Beifall)

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Vielen Dank, Herr Kowalczyk, bitte.

**Ilko-Sascha Kowalczyk:** Ich bin auch dankbar, hier sprechen zu dürfen, zumal ich wahrscheinlich nicht nur heute, sondern überhaupt bei der Enquete-Kommission einer der jüngsten Zeitzeugen bin. Ich bin 1967 geboren und hoffe, im Laufe der Anhörung einen Blick auf die junge Generation vermitteln zu können. Wir haben gestern sehr viel über die Schulzeit, über die Armeezeit,

über das Studium gehört. Es wurde immer gesagt, daß das Studium der „Knackpunkt“ war. Ich würde nachher gern beim Stichwort „Motivierung“ in der Zeit davor anfangen, in der Schulzeit. Die Schulzeit und die Armeezeit hatten für mich einige solcher „Knackpunkte“, wo das eine und das andere passierte.

Zu meiner Biographie: Ich habe seit meinem 14. Lebensjahr Gespräche mit der Staatssicherheit führen dürfen, allerdings nicht so, wie es vorhin in dem Vortrag dargestellt worden ist, daß die „Kollegen“ mich da anwerben wollten, sondern sie haben das eine oder das andere von mir wissen wollen.

Ich habe dann Baufacharbeiter gelernt. Nach der Lehre begann für mich eine Odyssee, ich war einige Monate arbeitslos und habe versucht, als Pförtner in Berlin zu arbeiten. Nach der ungefähr 40. Bewerbung habe ich dann auch irgendwann einen Platz bekommen, habe im dritten Anlauf auf der Abendschule Abitur machen dürfen, durfte nicht studieren und habe dann während meiner Armeezeit kurz vor Ende der DDR eine Anklage wegen staatsfeindlicher Hetze an den Hals bekommen, die zum Glück aufgrund der Revolution niedergeschlagen wurde. (Beifall)

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Vielen Dank, Herr Meusel bitte als nächster.

**Georg Meusel:** Ich bin 1942 geboren. Nach Mittel- und Oberschulverbot wegen Nichtmitgliedschaft in der Pionier- und FDJ-Organisation, Verweisung aus der Berufsschule wegen Nichtteilnahme am Fahnenappell und weil ich mich weigerte, das Bekenntniszeichen der Jungen Gemeinde abzulegen, und Studienverbot wegen Kritik an der Volksarmee arbeitete ich als Gärtner, als Lager- und Transportarbeiter, Schweißer und Elektriker in volkseigenen stahlverarbeitenden Industriebetrieben. Ich bin verheiratet, und wir haben vier Kinder. (Beifall)

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Dann möchte ich Herrn Beleites bitten.

**Michael Beleites:** Mein Name ist Michael Beleites.

Ich bin 1964 in Halle geboren, gehöre also auch noch zu den Jüngeren. Ich bin auf einem Dorf bei Zeitz in einem Pfarrhaus ausgewachsen, habe nach der 10. Klasse, als mir eine Berufsausbildung mit Abitur verwehrt wurde, eine Ausbildung zum Präparator in Gera gemacht, habe dann fest zehn Jahre in Gera gelebt, dort im Zusammenhang mit kirchlicher Umweltbewegung, kirchlicher Friedensbewegung die Uranbergbaufolgen aufgedeckt, dort die Stasi-Auflösung 1989/90 mitbetrieben. Dann bin ich nach Berlin gegangen und habe versucht, ein Studium zu machen. Ich mache jetzt in Dresden ein Fachschulstudium Landwirtschaft. Der Zeitraum meines Engagements waren ziemlich exakt die achtziger Jahre. (Beifall)

**Bernd Steinert:** Mein Name ist Bernd Steinert.

Ich freue mich, daß ich heute hier sein kann. Daran schuld ist gewissermaßen mein Bruder, der eigentlich hier sitzen müßte, der viel betroffener war und der auch zum Eisenberger/Jenaer Kreis gehörte. Herrn Ammer danke ich ebenso, daß ich heute mit hier sein kann. Ich stamme aus dieser Gegend, 30 Kilometer von hier, aus Pöbneck, wurde 1940 geboren, stamme aus einem frommen, christlich-evangelischen Elternhaus, habe die Grund- und Oberschule besucht, dann nach vielen Problemen das Medizinstudium begonnen und wurde im fünften Semester, nach dem 13. August 1961, exmatrikuliert. (Beifall)

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Ich möchte mich zunächst bei meinen „Kontaktpersonen“ hier vorn bedanken, daß sie die Vorgaben für die Vorstellung so exakt eingehalten haben.

Wir wollen jetzt Fragen des oppositionellen Verhaltens im Alltag eruieren. Ich möchte gern mit Ihnen, Herr Beleites, beginnen. Eine Hauptüberschrift heute morgen in der Zeitung betrifft eine Untersuchung zu den Umweltschäden durch den Uranbergbau. Wir sind immer noch dabei, diese Fragen zu behandeln. Es gibt noch keine abschließende Erklärung. Es tauchen ständig neue Ungereimtheiten und Mißstände auf. Herr Beleites, Sie haben sich schon zu DDR-Zeiten, natürlich unter ganz anderen Vorzeichen, dieser Problematik gewidmet. Ich möchte Sie bitten, uns hierzu etwas mitzuteilen.

**Michael Beleites:** Ich habe mich zu DDR-Zeiten sehr intensiv mit dem Themenkreis „Uranbergbaufolgen“ auseinandergesetzt. Das hatte seinen Anfang 1982/83 in der Raketendiskussion.

Es ging aber um weit mehr als um Raketen, es ging darum, daß durch diese wechselseitige Hochrüstung die Welt an den Rand des Abgrundes geraten war und mittels Atomwaffen, sei es durch ein technisches Versagen oder durch Aggressionsakte, die Möglichkeit bestand, daß gerade Mitteleuropa, also Deutschland, verglüht wird. Das habe ich sehr konkret auch als Angst empfunden. Wahrscheinlich spüren das Jüngere mehr oder direkter als Ältere, die solche Gefahren doch besser verdrängen können.

Ich habe mich intensiv eingebracht in die Diskussion, die damals lief, vor allem in kirchlichen Friedensgruppen, in Synoden. Es wurden Beschlüsse gefaßt oder der Beschluß des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 von Vancouver aufgegriffen: Es ist ein Verbrechen, sich an der Herstellung oder Anwendung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen, zu beteiligen. Dies wurde immer so frisch, frei, fröhlich beschlossen in der Gewißheit, daß das für uns überhaupt nicht zutrifft, daß das irgendwoanders passiert und wir nicht davon betroffen sind.

Nun sind aber im Süden der DDR Hunderttausende von Menschen im Uranbergbau beschäftigt gewesen. Eine ganze Region war damit beschäftigt, für das sowjetische Atombombenprojekt den Grundstoff, das Uran, aus der Erde zu wühlen. Nicht nur irgendwelche Leute, sondern auch Kirchenmitglieder waren daran intensiv beteiligt. Es stellte sich niemand die Frage: Inwieweit ist

das nicht auch Beteiligung an der Herstellung von Atomwaffen, und inwieweit ist das nicht in Frage zu stellen? Wird nicht dadurch, daß dieses Uran hier herausgewählt wird, die Situation überhaupt erst möglich gemacht, in der wir damals waren? Dies in die Diskussion zu bringen war ausgesprochen heikel, weil „Wismut“ ein Tabuthema war. Die „Wismut“ war praktisch ein Teil des sowjetischen Atombombenprojektes seit Ende der vierziger Jahre und hat sich in der DDR als Staat im Staate entwickelt. Man durfte darüber nicht sprechen, obwohl Hunderttausende damit beschäftigt waren.

In dieser Anfangszeit hat sich auch die Kirche sehr schwer getan, dieses Thema aufzugreifen. Es ist sogar bei Synoden abgebugelt worden, man hat es unter den Tisch fallen lassen. Man fand auch in den Gruppen kaum jemanden, der da richtig mit eingestiegen wäre. Es war einfach zu heikel. Ein neuer Ansatz kam dann durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, als klar war, daß radioaktive Umweltbelastungen auch im Niedrigdosisbereich zu langfristigen Schäden führen. Es lag auf der Hand, daß die Umweltbelastung im Zusammenhang mit dem Uranbergbau dieselben Effekte haben muß.

Ich war in Gruppen, die sich mit Friedensbewegungen aus Westdeutschland regelmäßig in der Tschechoslowakei oder in Ungarn trafen, da diese in die DDR nicht einreisen durften. Dort wurde vor allen Dingen mehr global diskutiert, nach Möglichkeiten eines „dritten Weges“ gesucht usw. Es waren aber auch Leute dabei, die das konkrete Anliegen, Informationen über die Uranbergbauproblematik zu erhalten, unterstützten und Literatur über entsprechende Abbauprobleme in Frankreich oder in den USA beschafften. Diese Erfahrungen waren ja übertragbar. Mit dieser Literatur konnte ich dann auch in Gera ganz gezielt recherchieren und letztlich Informationen mosaiksteinartig zusammenfügen, bis sich das Bild ergab, daß da eine ganze Region nicht nur verschandelt, sondern regelrecht verseucht ist und daß große Gefahren davon ausgehen.

Als ich die Mosaiksteine an Informationen zusammengetragen hatte, tat sich ein sehr düsteres Bild auf. Ich habe diese Informationen unter dem Titel „Pechblende“ vervielfältigt; „veröffentlicht“ kann man dazu nicht sagen, es wurde im Selbstdruck hergestellt. Das ist vom kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg zusammen mit dem kirchlichen Ärztekreis in Berlin herausgegeben worden. Dies war zum einen ein Schutz, zum anderen auch technische Hilfe. Das ist Anfang 1988 verbreitet worden und hat unwahrscheinliche Resonanz ausgelöst, also nicht nur Verfolgungen durch die Staatssicherheit, die auch vorher schon im Gange waren. Es ist dann auch erstmals in den westlichen Medien ein großes Thema geworden, ein bißchen eher sogar, da ich auf der Ökumenischen Versammlung in Dresden im Februar 1988 schon zu dem Thema gesprochen hatte und vorher auch heimlich in den verbotenen Gebieten ein Video gedreht hatte und Ausschnitte davon in einer „Kontraste“-Sendung

Ende 1987 gezeigt worden sind. Dadurch war dieses „Wismut“-Thema in der Öffentlichkeit.

Es gab dann Streit. Man hat das Problem bagatellisieren wollen, will das zum Teil bis heute noch. Man muß immer wieder sagen, daß es doch nicht so harmlos ist, wie es die DDR-Behörden dargestellt haben. Es ist gerade in den letzten Tagen wieder eine Studie auf den Tisch gekommen, die im Grunde das, was ich damals in der „Pechblende“ geschrieben habe, noch einmal mit Fakten untermauert und belegt, daß es keine harmlose Sache war, was da abgelaufen ist.

Zu der Frage des eigenständigen oppositionellen Verhaltens will ich sagen, daß es für mich dann auch wichtig war, über die Verweigerung hinauszugehen, daß also die Erkenntnis, daß die atomare Hochrüstung Wahnsinn und lebensbedrohlich ist, nicht nur dazu geführt hat, den Wehrdienst zu verweigern in einer Armee, die mit diesen Massenvernichtungswaffen operieren will, sondern daß es für mich auch wichtig war, über diese Verweigerung hinaus aktiv zu werden und, da ich in Gera wohnte und sich dort der Uranbergbau abspielte, das auch konkret zu beleuchten. Ich habe das aber nur bedingt als einzelner getan.

Ich hatte die Verbindung zu überregionalen Gruppen, gerade zu den Kreisen, wo wir uns mit westdeutschen Gruppen blockübergreifend trafen und auch themenübergreifend miteinander gesprochen haben. Es wäre mir dort nicht möglich gewesen, nur ganz speziell über dieses Uranbergbauproblem zu arbeiten. Ich hatte auch vor Ort in Gera einen Freundeskreis – zum Teil sogar meine Kulturbundgruppe –, mit dem ich zusammengearbeitet habe; aber bei dem konkreten Projekt der Urandokumentation „Pechblende“ war mir klar: Wenn das der Stasi vorher bekannt wird, dann ist das gestorben, dann wird, egal, was mit mir passiert, zumindest verhindert werden, daß das fertig wird. Ich wollte aber, daß es fertig und publik wird.

Deswegen habe ich mir gesagt, es darf vorher keiner davon erfahren, der nicht dorthin könnte. Daher haben das nur wirklich enge Freunde vorher zu erfahren bekommen. Und tatsächlich hat die Staatssicherheit dieses Manuskript erst in der Hand gehabt, als es fertig und verteilt war, nicht vorher. Es war in dieser Situation nicht nur wichtig, sondern auch zwingend, mir selbst ein Stück Isolation aufzuerlegen und zu sagen: „Das machst du allein oder weihst nur ganz bestimmte Leute ein.“ Sonst wäre das Projekt nicht gelaufen.

Ich bin gebeten worden, über das Engagement zu reden und nicht über die Repressionen, die sich daraus ergeben haben. Der Wunsch ist verständlich, es einmal von dieser Seite zu betrachten. Es gab natürlich nicht so ein herausragendes Engagement ohne eine entsprechend herausgehobene Verfolgung, und es gab eine Verfolgung, die bis in die heutige Zeit hineinreicht, so daß bestimmte Behinderungen in der beruflichen Entwicklung bis heute fortwirken, die mit der Verfolgung von damals zusammenhängen. Ich bin schon vor über

zwei Jahren von der Enquete-Kommission eingeladen worden und habe damals abschließend gesagt: „Es kann nicht sein, daß hier Veranstaltungen stattfinden, wo man die 'armen Opfer' anhört und die Geschichten erzählen läßt wie bei einer Kulturveranstaltung, aber dann nicht darüber nachdenkt, wie den Leuten geholfen werden kann.“ (Beifall)

Dann hat es noch einmal zwei Jahre gedauert, bis ein Gesetzentwurf für das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz auf den Tisch kam. Zur Anhörung vor dem Rechtsausschuß zu diesem Entwurf war ich mit nach Rostock eingeladen, konnte dort auch meine Einwände vorbringen, daß es notwendig ist, bestimmte Regelungen, z. B. Studienzugang ohne Abitur, wie es ihn in einigen Bundesländern ohnehin schon gibt, auch für von operativen Vorgängen mit Zersetzungsmaßnahmen Betroffene oder Entschädigungsleistungen und ähnliches für von Zersetzungsmaßnahmen Betroffene einzuführen. Das ist nun nicht mit in dieses Gesetz aufgenommen worden.

Ich möchte deswegen hier noch einmal sehr deutlich sagen, daß ich anfangs mit sehr zwiespältigen Gefühlen hierher gefahren bin. Ich finde es auf der einen Seite wichtig, das zu beleuchten, was in der Vergangenheit gewesen ist, was wir gemacht haben; auf der anderen Seite finde ich es geradezu skandalös, wenn wir hier als Betroffene, als Engagierte, aber auch als Verfolgte vor dem Gesetzgeber Aussagen machen, der Gesetzgeber es am Ende der Legislaturperiode, nach der Revolution und nach der Vereinigung jedoch noch nicht zuwege gebracht hat, den Wegbereitern der Demokratisierung so weit zu helfen, daß sie einen gleichberechtigten Start in die demokratische Zukunft haben. Es ergibt sich für uns das fatale Bild, wie es einmal jemand sagte: „Was wollt ihr denn? Ihr habt Demokratie gewollt, und jetzt ist Demokratie, und Demokratie orientiert sich an Mehrheiten, aber die Gruppe der Widerständigen in der DDR war nun einmal keine Mehrheit; nun dürft ihr euch nicht wundern, wenn ihr hintenrunterfallt.“ (Beifall)

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Vielen Dank, Herr Beleites. Insbesondere darf ich Ihnen danken für die letzten Ausführungen, denn ich denke, sie sind sehr wichtig. Ich habe vorhin über das Selbstverständnis der Kommission gesprochen. Ich möchte das noch ergänzen um einen Punkt, daß wir uns bemühen, Anhörungen und Gespräche mit Opfergruppen natürlich auch auszuwerten und für die parlamentarische Arbeit aufzubereiten. Wir sind ja heute nicht in Jena angetreten, um Parteipolitik zu machen, obwohl das sicherlich auch reizvoll wäre, gerade bei diesem Thema. Gestern gab es einen solchen Versuch in der Diskussion, woraus ich die Schlußfolgerung gezogen habe, daß es sicherlich sinnvoll wäre, insbesondere wenn das Justizministerium darangeht, Gesetze über Entschädigungsregelungen, über Eigentumsfragen zu erarbeiten, eine solche Zeitzeugenanhörung vorzuschalten, um wirklich die Befindlichkeiten und die Anliegen – es geht ja fast nur um ostdeutsche Fragen, wenn ich von Entschädigungs- und Eigentumsregelungen spreche – der Bürger



in den neuen Bundesländern einzubringen. Das kommt mir auch insgesamt zu kurz. Die Kritik, die Sie eingebracht haben, möchte ich jedoch so pauschal nicht stehenlassen. Wir haben aus der Enquete-Kommission heraus durchaus schon einige Initiativen und Aktivitäten gestartet. Aber es ist sicherlich legitim, hier noch einmal besonders darauf hinzuweisen.

Herr Steinert, aus den Worten Ihres Vorredners ist deutlich geworden, daß von den Armeen des Warschauer Vertrages Bedrohungen und Gefahren ausgingen. Ich frage Sie: Hat das auch bei Ihrer Entscheidung eine Rolle gespielt, daß Sie sich 1961 und 1964 während des Studiums weigerten, eine Freiwilligkeitserklärung für den Armeedienst abzugeben?

**Bernd Steinert:** Dazu muß ich sagen, daß meine Entwicklung keineswegs geradlinig verlaufen ist. Ich deutete schon an, daß ich in einem christlichen Elternhaus groß geworden bin. Sie können sich ausmalen, daß das in den ersten Jahren sehr schwierig war: Der Vater war im Krieg geblieben, die Mutter hatte es sehr, sehr schwer. Ich habe trotzdem, wie auch mein Bruder, Grund- und Oberschule besuchen können und war dort natürlich den damaligen Einflüssen ausgesetzt, den Überzeugungen und Überredungen, vielleicht auch den Idealen und Vorstellungen, die einem, christlich und ethisch geprägt, im Kopf herumschwirren. So war ich in der Oberschule durchaus auch in der GST tätig, habe dort Kampfsport und Motorsport betrieben. Am Ende der Oberschulzeit war ich in der FDJ und habe mich – Sie werden es kaum glauben – verpflichtet, Offizier der NVA zu werden. Es hat sogar ein Bild in der Zeitung gegeben, und manche häßlichen Leute haben es uns noch aus Boshaftigkeit geschickt.

Ich stand also diesem Staat, diesem System zum Teil unkritisch und relativ wohlwollend, unbedarft gegenüber, mit 17 bis 18 Jahren. Kurz nachdem ich die Verpflichtung zur Offizierslaufbahn unterschrieben hatte, wurde mein Bruder verhaftet. Er hatte meines Wissens nie etwas unternommen, was als staatsfeindliche Tätigkeit hätte ausgelegt werden können. Er sitzt übrigens hier vorn. Er gehörte zur Jenaer/Eisenberger Gruppe. Er war von jemanden angesprochen worden: „Wenn es schwierig ist, dann kannst du doch einmal jemanden bei dir übernachten lassen.“ Das war die Zusage. Es war nie etwas gelaufen, es war nie etwas passiert, und als die Gruppe aufgefliegen ist, wurde auch er verhaftet. Auch Frau Benjamin hatte sich nicht entblödet, zu drohen: „Es werden Köpfe rollen.“ Ich weiß noch genau, wie emotional belastend das auf meine Mutter wirkte. Er wurde dann für nichts zu einem Jahr und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Stasi-Untersuchungshaft, Waldheim, mehr brauche ich vielleicht nicht zu sagen – für nichts, für gar nichts.

Eine ganz kleine Nebenepisode, aber auch sehr wichtig: Ich war in der Oberschulzeit ab und zu einmal bei der Post als Aushilfskraft tätig. Dadurch hatte meine Mutter manchmal mit dem Chef der Post in Pößneck zu tun. Und wie erstaunt, erschrocken war sie, als sie in Gera dann beim Prozeß meines

Bruders einen Herrn in Offiziersuniform sah, der in Pößneck der Postchef war. So lief das also in der DDR.

Ich habe aufgrund der Ereignisse um die Verhaftung und Verurteilung meines Bruders die Verpflichtung zur Armee zurückgezogen und bin dann nach einem praktischen Jahr doch merkwürdigerweise ohne größere Schwierigkeiten zum Studium in Jena zugelassen worden. Ich habe Medizin studiert, habe auch das Vorphysikum gut passiert und stand kurz vor dem Physikum. Sie alle kennen die Zeit; ich brauche nicht auszumalen, wie schwierig die Situation im Sommer oder Herbst 1961 war. Der Kalte Krieg war auf dem Höhepunkt. Ich hatte im Frühjahr aus Glaubens- und Gewissensgründen meinen Austritt aus GST und FDJ erklärt, was merkwürdigerweise gar nicht irgendwie bestraft wurde; es wurde hingegenommen. Ich habe unter anderem gesagt, ich möchte kein zahlendes Mitglied mehr sein, aus Glaubens- und Gewissensgründen möchte ich austreten. Dann kam der Mauerbau am 13. August, und wie viele andere auch habe ich mit Wut und Ohnmacht ansehen müssen, was da passierte. Man wollte es gar nicht glauben, als am Sonntag früh bei wunderschönem Wetter die Nachricht durchs Radio kam, daß alles dicht ist.

In Jena verstärkte sich dann der Druck auf die Studenten. Wie es an anderen Universitäten und Hochschulen war, weiß ich bis zur Stunde nicht. Es war auch so, daß Informationen nicht gelaufen sind, wenn es die Leute nicht selbst gemacht haben. Ich war vielleicht auch von meiner Mentalität und Erziehung her einer, der immer allein stand und auch, ehrlich gesagt, keinen Anschluß oder keine Gruppe gesucht hat. Ich bin aber auch nicht angesprochen und gefragt worden: „Willst du nicht mitmachen?“

So stand ich dann allein mit der Frage, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, im Bedarfsfall, im „Notfall“ gegen die Bundesrepublik zu kämpfen. Es bestand damals in der DDR noch keine Wehrpflicht. Die Wehrpflicht kam erst im Januar 1962. Es ging um die freiwillige Erklärung, zum Kampf gegen die Bundesrepublik bereit zu sein. Dies habe ich nicht unterschrieben. Ob das noch jemand anders nicht unterschrieben hat und wie es woanders gelaufen ist, weiß ich nicht. Ich habe gedacht, ich bin der einzige. Nicht, daß ich mich auf ein Podest gestellt gefühlt habe, im Gegenteil. Ich habe schon die Schwere oder die Dramatik der Entscheidung empfunden. Ich weiß schon, daß es eine ganz schlimme Zäsur in meinem damaligen Leben war. So habe ich es auch später in den verschiedensten Bereichen erlebt.

Es fiel gestern der Name Helmut Diener im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953. Ich habe Medizin studiert und ging einmal aus Neugier in die Anatomie ganz oben unter dem Dach, da ist eine große anatomische Sammlung. Dort habe ich eine Vitrine gesehen, darin waren preußisch-deutsch, schön sauber aufgereiht lauter Schädel, und auf Zettelchen stand „Juni 1953“, „Juni 1953“, „Juni 1953“, und merkwürdigerweise hatten alle diese Schädel an der Schläfe ein Loch. Also Diener ist kein Einzelfall. Diese Menschen waren nach meiner

Ansicht nicht normal exekutiert worden. Sie waren nach meiner Ansicht – die Fachleute müßten das bestätigen – mit aufgesetztem Schuß getötet worden. Wenn man so etwas sieht, vergißt man das nie. Dann weiß man auch, wie der Staat und die Stasi im schlimmsten Fall reagieren. So etwas hat auch immer wieder einmal eine Rolle gespielt. Damals und auch später haben mehr Gefühle und Einengung und Depression eine außerordentliche Rolle gespielt.

Ich habe 1964 – um das Kapitel abzuschließen – versucht, hier in Jena wieder einzusteigen. Ich habe das ganz formal beantragt und wurde hierher eingeladen. Die FDJ, etwas ganz Wichtiges, war natürlich dabei und jemand von der Hochschulleitung. Sie haben mir gesagt: „Wenn Sie wieder einsteigen wollen, dann müssen Sie das unterschreiben, was Sie damals nicht unterschrieben haben.“ Und paradoxerweise gab es inzwischen längst die Wehrpflicht, das hatte also gar keinen Sinn mehr. Sie sagten das also nur, um ihre Macht zu beweisen, Druck auszuüben und deutlich zu machen: „So nicht; wir bestimmen, wie es läuft.“

Zur Exmatrikulation 1961 ist noch zu sagen, daß darin eingeschlossen war, daß ich natürlich in allen Universitäten und Hochschulen nicht mehr studieren durfte.

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Vielen Dank, Herr Steinert.

Kritik und Verweigerung im Alltag, das waren eigentlich die feinen Nadelstiche, mit denen man die Machthaber im SED-Staat nerven, mit denen man deutlich machen konnte, wie weit der Spielraum auszureizen war, den jeder einzelne hatte. Ich möchte gern überleiten zu Frau Bartl, die sicher aus eigenem Erleben einige Beispiele für dieses Verhalten schildern kann.

**Eva-Maria Bartl:** Ich muß am Anfang sagen, daß ich zwar auch lächle, wenn Sie „Kontaktperson“ sagen; aber ich bin ganz froh, daß ich in eine solche Situation nicht kam, weil ich nicht sagen kann, wie ich mich verhalten hätte. Ich weiß es nicht.

Am Anfang möchte ich auch sagen, daß Sie meinen Namen und meine Anwesenheit hier als Synonym und Beispiel sehen sollten für viele in der DDR – für viele Frauen auch, die hier so wenig in einer aktiven Rolle sind –, die versucht haben, im Alltagsgeschehen sich zu distanzieren und zu wehren gegen manchen Übergriff der SED-Diktatur.

Ich bin mir nicht so sicher, ob die Beispiele, die ich hier nennen will, Bagatellen oder Lappalien sind oder ob es Beispiele sein können für das, was Sie „passive Verweigerung“ genannt haben. (Zuruf: Vielleicht auch „aktive Verweigerung“!)

– „Aktive Verweigerung“, ja. Das zeigt auch den Konflikt, den ich bei dieser Formulierung im Kopf habe.

Ich bin mir auch deswegen nicht so sicher, weil die Beispiele, die ich Ihnen aus

meinem eigenen Erleben und aus meinem Bekanntenkreis nennen kann, wenig in Stasi-Unterlagen dokumentiert sind. Es sind Dinge, die mehr im Alltag eine Rolle gespielt haben, die in den Stasi-Akten auch nicht erfassbar waren. Damit will ich überleiten zu dem, wie ich meinen kurzen Vortrag gegliedert habe.

Bei der Einladung, über Folgen der SED-Diktatur zu sprechen, habe ich weniger an Dinge gedacht, die bei der Stasi dokumentiert waren oder eine Rolle gespielt haben, sondern mehr an Dinge, die durch die SED-Diktatur in den Alltag und in das scheinbar unpolitische Leben eingegriffen haben. Für die, die in der DDR gelebt haben, ist klar, die SED-Diktatur reichte in alle Bereiche hinein. Für die, die es sich jetzt anhören, hier z. B. heute, noch einmal ein kleiner Blick auf ein Alltagsgeschehen, wodurch sie vielleicht manche größeren Zusammenhänge besser beurteilen können, wenn Sie eine Stimmung geschildert bekommen, die Sie nicht erleben mußten.

Ich möchte mit dem Bereich Schule anfangen. Ich habe selbst in der neunten oder zehnten Klasse – ich kann mich nicht mehr genau entsinnen – erlebt, daß ich aus einem Unterrichtsfach, das ich sehr liebte, Englisch, herausgenommen wurde. Ich bekam einen großen Schreck, als mitten in der Unterrichtsstunde die Tür aufging, der Direktor hereinkam mit noch einem Mann: „Fräulein Bartholomäus – so hieß ich damals –, kommen Sie bitte mit.“ Da steht man als Schülerin auf und denkt: „O Gott, was hast du gemacht, was ist los?“ Da kriegt man Angst. Ich bin mit ins Direktorenzimmer gegangen. Dort standen der Direktor, einer von der FDJ – die Schule hatte einen hauptamtlichen FDJ-Sekretär – und noch ein Mann. Die sagten: „Wir haben Sie hierhergebeten, weil wir gehört haben, daß Sie sich zur Jungen Gemeinde hingezogen fühlen, daß Sie dort die Veranstaltungen besuchen.“ Ich war still. Die sagten, sie hätten das gehört, und fragten, ob das stimme. Ich sagte: „Ja, ich bin Mitglied in einer Jungen Gemeinde.“ Dann haben sie gesagt, sie würden mich bitten, dort nicht mehr hinzugehen, weil – das war die Begründung, die ich nicht vergessen werde – ich damit Verrat an der Arbeiterklasse üben würde. (Zuruf: Wann war das?)

– 1974 habe ich Abitur gemacht, also 1971/72. Das war eine Sprache, in der ich nicht dachte. Das war eine Sprache, die auch meine Lehrer mir nicht nahebrachten. Das war etwas ganz Fremdes für mich. Ich habe das zu Hause besprochen. Ich habe meinen Eltern gesagt: „Die haben gesagt, ich soll da nicht mehr hingehen, das sei Verrat an der Arbeiterklasse.“ Meine Eltern sagten: „Das sind Spinner; wir verstehen das nicht. Du kannst dahin gehen; wir sehen das zwar nicht gern, denn du gefährdest deine berufliche Entwicklung; aber wir können dich nicht hindern, weil wir merken, du gehst gerne dahin.“ Und dabei blieb es auch. Ich habe nicht überlegt, ob ich dahin gehe oder nicht. Ich will nur mein Befremden über solches Denken, das mir da entgegenkam, ausdrücken.

Meine Mitschüler haben mich gefragt: „Was war los? Wieso mußtest du zum

Direktor?“ Ich habe das so erzählt. Da haben sie gelacht, haben sich umgedreht oder haben Angst gekriegt, ich weiß es nicht.

Ein anderes Beispiel aus dem Schulbereich, ganz anders gelagert; ich war viel älter. Wir haben in einem Freundes- und Bekanntenkreis, als die eigenen Kinder heranwuchsen, überlegt: „Kann man denn die Kinder hier in der DDR in eine Schule geben, können wir das unseren Kindern zumuten?“ Wir haben überlegt: „Wir müssen es, weil wir hierbleiben wollen, also können wir nur versuchen, mit Kritik etwas zu verändern.“ Wir haben uns die Schulbücher vorgenommen und sie auf militärische und paramilitärische Inhalte hin untersucht. Wir haben wenig gefunden – weniger, als wir dachten – an schlimmen militärischen Dingen. Aber die wenigen fanden wir ausreichend. So mußten die Kinder einer zweiten oder dritten Klasse Grundrechenarten am Beispiel von Panzermengen lernen.

Wir haben einen Brief an den damals gerade geplanten Pädagogischen Kongreß geschrieben, haben auf diese Beispiele hingewiesen, haben das auch nicht christlich begründet, obwohl wir zum größten Teil aus solchen Elternhäusern oder solcher Gedankenwelt kamen. Wir haben hineingeschrieben, wir möchten nicht, daß unsere Kinder nach solchen Inhalten unterrichtet werden. Wir haben keine Antwort bekommen. Wir waren auch nicht so naiv zu glauben, wir bekämen eine. Wir wollten die Situation bewältigen. Wir wollten dem, was uns entgegenkam, aktiv etwas entgegensetzen.

Das waren zwei Beispiele aus dem Schulbereich.

Beispiele aus der Zeit der Berufsausbildung betrafen mich an einer Hochschule, an die ich wider Erwarten ohne Komplikationen gekommen war. Man bekam an der Schule in der DDR nicht nur Zensuren, sondern auch eine gesellschaftliche Beurteilung, die einen sehr großen Stellenwert hatte. In meiner Beurteilung steht unter anderem: „Der Klassenstandpunkt von Eva-Maria muß noch gefestigt werden.“

„Der Klassenstandpunkt“ – wieder diese Sprache. Jeder wußte, was das bedeutet. Da ich mich aber für das Studienfach Psychologie entschieden hatte und an der Humboldt-Universität in Berlin zumindest in der damaligen Zeit viele von denen, die entscheiden mußten, welche Schüler als Studenten angenommen werden, Vertreter eines humanistischen Gedankenguts waren, die nach meiner Meinung solche Formulierungen schon einordnen konnten, hatte ich Glück. Vielleicht war es auch eine Quotenregelung, ich kann es nicht beurteilen; ich bekam den Studienplatz. Es war bitter für mich, daß später Freundinnen zu mir sagten: „Na, du mußt ja ganz schön rot gewesen sein, daß du solchen Studienplatz bekommen konntest.“ Ich konnte es nicht erklären. Ich habe an der Humboldt-Universität studiert.

Es war für alle Studenten in der DDR üblich, neben der fachlichen Ausbildung ideologische Veranstaltungen zu besuchen. Es war gefordert, man mußte ein „Abzeichen für gutes Wissen“ erwerben. Das bekam man, wenn man an einem

FDJ-Lehrjahr teilnahm. Ich habe diese Veranstaltungen nicht besucht, nicht eine davon. Ich wurde von der FDJ-Gruppe gefragt, ob ich auf das Abzeichen nicht Wert legen würde. Ich habe gesagt: „Natürlich nicht, sonst würde ich hingehen. Ich möchte es nicht haben.“ Es gab Kommilitonen, die sich mir angeschlossen haben, aber es waren wenige.

Man mußte eine „Rote Woche“ besuchen. Eine Woche vor Beginn des regulären Semesters mußte man da sein und sich eine Menge Vorträge in der Sprache, die mir ganz fremd war, anhören. Ich bin da auch nicht hingegangen, aber andere auch nicht.

Der ML-Unterricht, der obligatorisch war – zu dem bin ich gegangen –, bestand aus drei Einheiten. Im ersten Jahr hatte man das Unterrichtsfach „Grundlagen der marxistischen Philosophie“, das habe ich gern besucht, das war interessant. Es vermittelte tatsächlich ein bißchen Eindruck von Philosophie. Man konnte außer dem, was einem erklärt wurde, noch etwas lesen. Im zweiten Jahr nannte es sich „Politische Ökonomie“, das fand ich auch noch halbwegs interessant. „Wissenschaftlicher Kommunismus“ – damit war es dann vollends vorbei, das habe ich nicht verstanden. Ich habe diese Veranstaltungen besucht – mit großem Widerwillen, aber ich war Studentin an einer sozialistischen Universität. Ich mußte das tun.

Ich bin in dieser Zeit, in der ich Studentin war, Kompromisse eingegangen. Ich bin zu einer Volkskammerwahl gegangen, der einzigen Wahl, die ich jemals in der DDR-Zeit besucht habe (Zuruf: „Besucht“ ist richtig – Heiterkeit) aus Gründen, die viele mit mir geteilt haben: Es ist keine Wahl gewesen, das wissen Sie alle. Aber nicht hinzugehen, das war eine Wahl. Ich konnte wählen zwischen Namendurchstreichen und Nichthingehen. Ich hatte mich so entschieden. Aber im Studium bin ich hingegangen; leider fiel in diese Zeit eine Wahl.

Ich habe gerne studiert. Ich habe außer Psychologie als Gasthörer Vorlesungen besucht. Philosophie interessierte mich. Es gab ja trotz marxistisch-leninistischer Prägung tatsächlich Philosophiegeschichte. Man konnte Philosophievorlesungen hören, gerade an der Humboldt-Universität in Berlin. Ich habe Germanistikvorlesungen besucht, weil ich eine Neigung zu diesem Fach hatte. Ich hatte einen FDJ-Gruppensekretär, der nahm mich öfter zur Seite und sagte: „Eva-Maria, wir haben gehört, du besuchst andere Vorlesungen.“ „Ja“, habe ich gesagt. „Wieso machst du das?“ Ich sagte: „Du, das interessiert mich.“ „Ach so“, sagte er.

Ich habe gern studiert; ich habe gute Zensuren bekommen für die Arbeiten, die ich abliefern mußte. Die Professoren sind auf mich aufmerksam geworden. „Da ist eine, die ist interessiert.“ Es gab ja viele Ältere, denen gefiel das, die haben zu mir gesagt: „Forschungsstudentin, das wäre doch etwas!“ Da habe ich gesagt: „Ja, das wäre etwas, das gefällt mir, das möchte ich gern machen.“ Ich war ein Jahr lang Forschungsstudentin und bin nach dem

einen Jahr exmatrikuliert worden durch diesen FDJ-Sekretär. Ich mußte noch eine Prüfung ablegen im „Wissenschaftlichen Kommunismus“, habe in dieser Prüfung eine so schlechte Zensur bekommen, möglicherweise in dem System zu Recht; ich wußte wenig zu erzählen. Ich hatte die ungewöhnliche Frage nach der Rolle Chinas bei der Entwicklung des Kommunismus. Das fand ich ausgesprochen schwierig. (Heiterkeit)

Ich hatte einen anderen Prüfer als alle anderen; ich hatte eine andere Prüfungszeit als alle anderen Studenten. Es war auffällig, nicht nur mir. Ich bekam eine Vier. Das war für mich innerlich eigentlich ein Lob, aber das bedeutete, daß ich mit einer Vier in einem Hauptfach, was ja Marxismus-Leninismus war, insgesamt in meinem Hochschulzeugnis nur noch eine Drei bekommen konnte, weil man nicht um zwei Zensuren besser sein durfte. Es war eine ganz komplizierte Rechnung.

Nun das Ende vom Lied: Mit einem Hochschulzeugnis mit einer Drei, die im Widerspruch zu allen anderen Zensuren stand, konnte ich nicht ein Forschungsstudium an einer sozialistischen Universität weiterführen. Dieser FDJ-Sekretär kam zu mir, legte die Hand auf meine Schulter und sagte: „Eva-Maria, mit dieser Vier ist es nun vorbei hier mit dir.“ Später hat dieser Student diesen Forschungsstudienplatz bekommen. Ich brauchte nicht auf meine Stasi-Akten zu warten, um nachzulesen, wie die Zusammenhänge waren. Das konnte ich mir alleine denken.

Nun war ich in der glücklichen Lage, wie wenige in der DDR – man unterlag ja der Absolventenvermittlung –, mir allein einen Arbeitsplatz zu suchen. Das ist mir auch gelungen.

Ich habe dieses Beispiel ein bißchen ausführlicher erzählt, als ich die anderen erzählen werde, denn es hat mich sehr gekränkt. Das können Sie sicher verstehen. An dieser Stelle habe ich, wie ich denke, das einzige Mal in meiner Biographie bisher wirklich gespürt, was diese Macht bedeuten kann.

Ich habe meinen Beruf dann später im praktischen Bereich ausgeübt. In der Psychologie muß man sich entscheiden: Entweder man arbeitet theoretisch oder praktisch. Für mich wurde sozusagen entschieden, daß ich praktisch arbeite. Ich habe auch immer Arbeitsstellen gefunden. Da habe ich folgende Beispiele erlebt, die auch exemplarisch für verschiedene Berufsgruppen sind.

Einmal bei einer Weiterbildung sollten wir Tonbandgespräche mit Patienten mitbringen. Das war eine ganz gute Sache. Die wurden ausgewertet. Wir Kollegen besprachen die Kriterien, ob das Gespräch gut war oder nicht. Ich hatte einen Konflikt ausgewählt, den ich nicht so tiefgehend fand, und die Patientin, die mir den Konflikt schilderte, war auch nicht so gestört, weil ich es nicht mochte und es mir auch zu schwierig war, von Schwerkranken Gespräche vorzustellen. Ich wußte, daß es ein heißes Eisen war, das ich anfaßte. Aber es war ein Stück DDR-Realität. Diese Person hatte mir den Konflikt geschildert:

Ihre Eltern gehen nach dem Westen, und sie überlegt, hinterherzugehen. Was soll sie tun? Für mich war es ein gut nachvollziehbarer Konflikt: Die Eltern verlassen das Land; gehe ich mit oder gehe ich nicht mit? Wenn ich hierbleibe, kann ich sie vielleicht nicht wiedersehen; eigentlich möchte ich hierbleiben, ich habe hier meine Freunde; ich habe hier meine Arbeit. Was soll ich tun?

Diesen Konflikt habe ich im Sinne der Gesprächspsychotherapie, in der ich ausgebildet bin, besprochen. Ich habe dieses Tonband in der Weiterbildung – vielleicht waren 15 Leute im Raum – vorgestellt. Das lief nicht zwei Minuten. Die Kollegen haben das Problem erfaßt; einer sprang auf, rannte zu dem Tonbandgerät, stellte es aus, drei andere verließen den Raum. Sie haben mir hinterher gesagt: „Du hast uns gefährdet, wir dürfen so etwas nicht anhören.“ Das ging mir nahe; ich wollte niemanden gefährden.

Zwei andere Beispiele für Einflüsse der SED-Diktatur auf die Art der Berufsausübung: Ich habe die meiste Zeit meiner beruflichen Tätigkeit in kirchlichen Krankenhäusern gearbeitet. Nun wird ja oft gesagt – und man kann es lesen –, daß das eine Nische und ein Schutz war. Das war es auch, aber begrenzt. Ich habe in einem kirchlichen Krankenhaus erlebt, daß mein Chefarzt in Dienstbesprechungen, wo Kollegen dabei waren, mich aufgefordert hat, Vorträge, die ich im Rahmen der Kirche gehalten habe über Feindbildabbau, über Stereotypen, über Schulbuchauswertung – das Beispiel, das ich vorhin nannte –, nicht mehr zu halten. Ein kirchlicher Chefarzt! Ich wußte, was das bedeutet. Ich hatte meine Teilzeitstelle, die mir ausgesprochen wichtig war. Ich war von ihm abhängig. Ich habe diese Vorträge weiter gehalten. Das ist mir ein Beispiel, daß es auch in kirchlichen Häusern so war.

Ein anderes Beispiel, das mich auch gekränkt hat, war, daß der Geschäftsführer ebenfalls eines kirchlichen Krankenhauses auf mich zukam und sagte: „Es ist sehr heikel, was ich Sie fragen möchte, aber ich möchte es tun, ich muß es tun.“ Ich hatte eine internationale Tagung im Rahmen der Ärzteorganisation IPPNW, Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges, in Moskau besuchen können und dort absichtlich und willentlich Kontakt zu westdeutschen Kollegen hergestellt. Das sah so aus, daß man abends zusammensaß, erzählte und trank bis spät in die Nacht. Es war durchaus auch etwas sehr Geselliges. Dieser Geschäftsführer des Krankenhauses sprach mich im Krankenhausgelände an – wir waren beide allein – und sagte: „Sie wissen ja, daß die Staatssicherheit Kontakt hält zu unserem Krankenhaus.“ Das wußte ich. Die haben gefragt, ob ich tatsächlich mit einem westdeutschen Kollegen intimen Kontakt gehabt hätte. Das müssen Sie sich einmal vorstellen: Der Arbeitgeber kommt mit solchen Fragen auf einen zu.

Zwei Beispiele, um Ihnen klarzumachen, daß die berühmt-berüchtigte Nische auch nicht davor schützen konnte, die SED-Diktatur am eigenen Leibe zu spüren.

Ein anderes Beispiel noch: Ich hatte meine Ambitionen, mich theoretisch



weiterzubilden, nicht aufzugeben. Ich habe zwischendurch einmal die Gelegenheit genutzt. In einem großen Krankenhaus war aufgerufen worden. „Junge Kollegen, die wollen, können eine Promotion im Rahmen eines DDR-Forschungsprojektes machen.“ Ich bin hingegangen und dachte, es ist eine gute Gelegenheit, berufsbegleitend doch noch die Promotion zu machen. Die Rede fing damit an: „Sie wissen, daß Sie in der Einführung auf den letzten Parteitag Bezug nehmen müssen.“ Da bin ich aufgestanden und gegangen. Ich wußte, daß ich das tun mußte, aber ich hatte die Hoffnung, vielleicht würde es nicht so sein. Es war aber doch so.

Viertes Beispiel – das Verhalten zu Massenorganisationen: Die SED war ja, weiß Gott, nicht die einzige Anbindung. Ich muß sagen, daß ich gerne bei den Pionieren war; das befriedigte meine kindlichen Bedürfnisse. Wir sind ums Lagerfeuer gerannt, haben da Knüppelkuchen gebacken; wir haben in Zelten geschlafen, auf Strohsäcken, das war toll. Ich hatte mich als Kind ganz und gar identifiziert mit dem Ganzen. Wir mußten abends mit Fackeln in der Hand um ein Thälmann-Bild laufen. Das fand ich komisch. Aber das Bild war gar nicht so unfreundlich. Der hatte so eine schicke Mütze auf und hieß Thälmann – ja, was wußte ich! Die anderen machten das auch gern. Ich war gerne Pionier! Wir haben Lieder gesungen, die waren einfach und leicht, die konnte man schnell nachsingen.

Mit der FDJ wurde das schwieriger. Ich kam dann in ein Alter, wo ich andere Interessen hatte oder am Lagerfeuer andere Lieder singen wollte. Ich habe in der Jungen Gemeinde dann eine geistige Heimat gefunden. Ich kam erst später zur Kirche und habe mich auch erst später taufen lassen. Das war zunächst ein geistiges, kulturelles Interesse. Da wurde es schwieriger.

Als ich mein Studium beendet hatte, bekam ich meinen SV-Ausweis – der war das, was heute die Krankenscheine sind –, einen grünen Ausweis in die Hand und gleichzeitig dazu den FDGB-Mitgliedsausweis mit meinem Namen drin. Ich wunderte mich. Ich hatte keinen Antrag gestellt und war Mitglied im FDGB. Na gut, dachte ich, nimmst ihn erst einmal mit. Ich ging auf meine erste Arbeitsstelle, und da gab es eine FDGB-Vertrauensfrau, die bei allen beliebt war; ich mochte sie auch, eine mütterliche Frau; wir alle hatten viel Zuneigung zu ihr. Zu der sagte ich nach einiger Zeit: „Du, ich möchte nicht Mitglied sein im FDGB; ich möchte das nicht tun. Ich kann dich gut leiden; das hat mit dir nichts zu tun. Wir sitzen ja eh zusammen, erzählen und gehen mal in die Kneipe und sonstwas; aber FDGB, das ist nichts, was ich teile.“ Da hat sie gesagt: „Was machen wir denn nun? Das kann ich ja verstehen, bist du eben nicht mehr Mitglied; ich weiß es jetzt. Können wir das aber so machen, wenn wir hier um den Titel 'Sozialistische Brigade' kämpfen, daß du dann trotzdem noch Mitglied bist, daß wir nach oben melden können: 'hundert Prozent?' Das war wichtig. Ich wußte, daß das für die Kollegen wichtig war, die bekamen nämlich Geld dafür, zwar nicht viel, aber die bekamen Geld, und

das wiederum wurde verpraßt. Da habe ich gesagt: „Ich kann es nicht ändern, wenn du dich so entscheidest; ich will es auch nicht ändern. Ich möchte nicht Mitglied sein. Und wenn die Gelder kommen, komme ich gerne mit euch mit, aber ich bezahle meins selber.“ Die Gelder haben eh nicht gereicht, um eine Riesenfete zu machen; man mußte noch zuzahlen. Dann habe ich meinen Ausweis vor ihren Augen zerrissen und war dann nicht mehr Mitglied, bezahlte auch nicht. Ich habe aber nie etwas gehört. Die Mitgliedsbeiträge müssen ja irgendwo gefehlt haben.

Wenn es hier um Möglichkeiten und Grenzen geht, wird Ihnen klar, daß ich versucht habe und Freunde von mir natürlich auch, in einer Balance zu leben zwischen beiden. Ich habe z. B. während der Zeit meines Studiums auch eine dieser schlimmen Maidemonstrationen mitgemacht. Ich wollte diesen Berufsabschluß haben. Ich bin an der Tribüne vorbeigegangen; ich habe natürlich nicht gewinkt. Aber ich war eine von denen, die da gelaufen sind – in diesem einen Jahr. Später ist mir gesagt worden: „Dann und dann ist Treffpunkt.“ Da war Treffpunkt, aber ich bin nicht hingegangen und viele andere auch nicht. Und es passierte auch nichts. Hinterher sagte irgend jemand: „Du warst ja nicht da.“ Ich sagte: „Ja, ich war nicht da.“

Das fünfte Beispiel: Was sich nach meiner Meinung auf besonders gefährliche Weise bei der SED-Diktatur ausgewirkt hat, war, daß man dieses System für so geschlossen hielt. Die Mauer war das eine und die wenigen Kontakte, die man demzufolge haben konnte, das andere. Ich wollte mir das nicht gefallen lassen. Ich habe – in Berlin war das nicht so schwierig – Kontakte gesucht und gefunden zu gleichaltrigen Studenten, die auch deutsch sprachen – damals sprach ich nicht so gut englisch –, und habe diese Kontakte gepflegt. Wir haben uns Briefe geschrieben. Meine Stasi-Akte ist voll von sehr persönlichen Briefkopien, die keine direkte politische Bedeutung haben.

Ich hatte eine Freundin in Schweden, zu der sich eine tiefe und gute Freundschaft entwickelt hat. Es ging nicht vordergründig um politische Inhalte. Es ging um etwas ganz Normales: daß man sich als junger Mensch mit anderen austauschen, andere Entwicklungen kennenlernen und Vergleiche anstellen möchte: Wie studieren andere, wie entwickeln sie sich, wie kriegen sie ihre Kinder, wie erziehen sie sie? Sie hat zwar oft in dem einen Jahr keine Einreise bekommen – sie kam dann häufig nach Ost-Berlin –, aber im nächsten Jahr bekam sie wieder eine, oder wir haben uns viel geschrieben und viel miteinander telefoniert. Die Verbindung ist nicht abgerissen.

Später, Ende der siebziger oder Anfang der achtziger Jahre, habe ich in einem beruflichen Zusammenhang in Halle westdeutsche Kollegen kennengelernt; sie sagten zu mir: „Unsere Familie lebt in Westdeutschland, mehr oder weniger zufällig; wir haben keinen Kontakt nach Ostdeutschland. Wir möchten gern eine Familie haben, mit der wir wegen der deutschen Problematik in

Verbindung stehen.“ Ich habe dem gerne zugestimmt. Auch daraus hat sich eine nette Beziehung mit gegenseitigen Besuchen entwickelt.

Ich habe, als ich zu dem IPPNW-Kongreß in Moskau war, ganz bewußt Kontakt zu westdeutschen Arztkollegen gesucht, um für unsere Gruppe in Halle Kontaktpersonen zu haben. Wir brauchten Literatur, wir brauchten Austausch. Wir wollten dieses Geschlossene nicht mitmachen. Das ist mir auch gelungen; es gab ja viele Interessierte; das war ja nicht schwer. Ein paar Tage später, als ich wieder in Halle war, bekam ich einen Anruf eines Professors der Pharmakologie an der Halleschen Universität, der in der IPPNW etwas zu sagen hatte. Er rief mich privat an und sagte: „Frau Bartl, ich habe gehört, Sie haben auf einer Tagung Kontakt zu westdeutschen Kollegen gehabt.“ „Ja“, habe ich gesagt, „den habe ich gehabt.“ Seine Stimme war vorwurfsvoll. Ich habe dann noch gefragt: „Ja, und? Sie rufen mich deswegen an?“ „Ja, Sie wissen, daß das nicht erwünscht ist.“ Ich sagte: „Das war ein internationales Symposium. Sie können doch nicht verhindern, daß ich Kontakt zu anderen habe!“ „Sie haben den Kontakt gehabt und Sie haben mit Sicherheit die DDR verunglimpft.“ Das Gespräch war beendet, weil ich den Hörer aufgelegt habe. Ich habe aber auch erlebt, daß innerhalb dieser IPPNW die dort im Vorstand sitzenden Kollegen Scheu hatten, mit uns Leuten der Basis in der DDR Kontakt zu halten. (Zuruf: Die westlichen Kollegen?)- Ja, die westlichen, das habe ich auch erlebt. Sie haben zu mir gesagt: „Wir reden hier so schön, wir könnten gleich zusammen Mittag essen; aber die und die beobachten das, ich möchte es lieber nicht tun.“ Sie haben mich stehenlassen und haben untereinander auf der Führungsebene die Kontakte gepflegt.

Ich möchte noch kurz ein Beispiel nennen, das die Kirche betrifft. Ich habe mich Anfang meiner zwanziger Jahre von Pfarrer Linke taufen lassen. Er war auch gestern einmal im Gespräch. Ich habe mich gefreut. Ich hatte Kontakt zu dem Kreis in der Gemeinde und habe mich dort taufen lassen. Ich war dann zeitweise ein recht aktives Mitglied in der Kirche.

Ich habe erlebt, daß dann der Superintendent des Kirchenkreises auf mich zukam und sagte: „In Halle gibt es verschiedene kirchliche Friedensgruppen. Wir möchten gerne im Kreiskirchenrat ein Mitglied dieser Gruppen haben, und wir denken an Sie.“ Ich habe überlegt, mich mit den anderen beraten und gedacht: „Das ist gar nicht so schlecht; da sitzt man in einem Gremium, wo etwas entschieden wird für die Stadt; da kann man vielleicht mitentscheiden, und es kann so Einfluß hin und her gehen. Wenn die Stadtkirchenleitung das möchte, ist das ja auch ein gutes Zeichen für uns.“ Ich habe das gerne angenommen.

Ich habe dann bei der Kreissynode, wo ich als Synodale dabei war, schwere, lange und mühsame Abstimmungen von Gemeinden erlebt: „Geben wir Räume unserer Kirche frei für eine Veranstaltung des Ärztekreises? Was kann uns passieren? Warum sollten wir es machen und warum nicht?“ Ich konnte es

nicht mehr hören. Oft ist es so ausgegangen, daß wir Räume bekommen haben; aber es gab auch Gemeinden, die gesagt haben, daß sie das nicht möchten. Es war synodaler Beschluß, es mußte dann akzeptiert werden. Das verdeutlicht, daß das Verhältnis zur Institution Kirche nicht unproblematisch war.

Ich möchte noch ein letztes Beispiel aus dem Bereich des Verhaltens von einzelnen gegenüber den Staatsorganen, auch gegenüber der Staatssicherheit und der Polizei, nennen. Ich bekam einmal eine Vorladung, es muß Anfang der achtziger Jahre gewesen sein, vom Volkspolizeikreisamt in Halle, eine Karte „Vorladung zur Klärung eines Sachverhaltes“. Ich habe dort angerufen und gesagt, die Zeit passe mir zwar schlecht, aber es werde schon gehen; ich müsse nur wissen, um welchen Sachverhalt es geht. (Heiterkeit) Es hieß: „Das können wir Ihnen nicht sagen.“ Ich sagte, dann würde ich darum bitten, das zu klären und mich noch einmal richtig zu informieren, damit ich entscheiden könne, ob ich komme. Es war ja keine Vorladung im juristischen Sinne, es war eine Postkarte. Natürlich hätte ich mich nicht einer wirklichen Zeugenaussage entzogen. Ich habe davon nichts wieder gehört; ich weiß bis heute nicht, welcher „Sachverhalt“ da geklärt werden sollte.

Ein anderes Beispiel aus diesem Bereich: Innerhalb der Ärztegruppe gab es die sogenannten „Offiziellen“, die waren meistens in der SED, waren dicke da und hatten die großen Posten, und dann gab es die Kleinen, die sogenannten „Inoffiziellen“, die auch ihre Arbeit gemacht haben und auch im Ärztekreis aktiv waren. Ab und zu sollten die von den Oberen „diszipliniert“ werden, so haben sie das genannt. Man bekam einen Anruf: „Kommen Sie bitte nach Bernburg, der Chefarzt möchte mit Ihnen reden!“ Ich habe zurückgerufen – ich habe natürlich nur das Sekretariat bekommen – und gesagt, daß ich weder vorhabe, mich dort zu bewerben, noch daß zwischen unseren Krankenhäusern Kontakte bestehen, also fachlich gebe es nach meinem Wissen keinen Anlaß, mich einzuladen, es könne sich doch nur um die IPPNW-Sache handeln. Darauf hat die Sekretärin gesagt: „Ja, ja, es geht um IPPNW.“ Dann habe ich gesagt, das könne dann ja auch innerhalb der Mitgliederversammlung geregelt werden, ich würde doch nicht extra nach Bernburg fahren. Das steht in meinen Stasi-Akten vermerkt mit: „Verweigerte Disziplinierungsgespräch.“ Natürlich habe ich das verweigert. (Heiterkeit)

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Vielen Dank, Frau Bartl. Ich hätte Ihnen gern noch länger zugehört. Ich bin hier im Konflikt. Zum einen wollen wir noch viele solche Beispiele hören; aber wir haben natürlich zeitliche Beschränkungen. Ich darf Ihnen ein großes Kompliment machen. Sie haben hier sehr eindringliche und anschauliche Bilder gezeichnet, so daß Sie bestimmte Dinge, die die Schizophrenie dieses Systems ausmachten, in unser Bewußtsein zurückgeholt haben.

Wenn Sie gestatten, noch eine ganz persönliche Anmerkung. Für mich wurde plötzlich mein eigenes Erleben wieder deutlich, wie ich die Hauptprüfung

im Fach Marxismus-Leninismus während des Studiums bestanden habe. Mit meinem Studienkumpel, mit dem ich auf einer Bude wohnte, zogen wir uns drei Tage vorher zurück, lernten die Themen auswendig. Es gab die Hauptüberschriften, untersetzt mit vier oder fünf Unterpunkten. Wir versuchten uns gegenseitig abzufragen und so auf die Prüfung vorzubereiten. Daß ich dann letztlich durchkam, war der Tatsache geschuldet, daß man immer als Doppelpartner in die Prüfung ging. Der Raum, in dem man die Frage zog, die man dann zu beantworten hatte, und wo man die Vorbereitungszeit „genoß“, war einige Schritte vom eigentlichen Prüfungsraum entfernt, und wir nutzten die Zeit, um die Fragen auszutauschen. Das war für mich die Chance, die Hürde zu überspringen, so daß ich dann nicht die Schwierigkeiten hatte, die Sie beschrieben haben. Die Schizophrenie trieb ja Blüten. Es gab den Begriff der „sozialistischen Persönlichkeit“, und Sie haben auch deutlich gemacht, welche Anforderungen an eine solche gestellt wurden. Man unterlag von vornherein den Kriterien, die die SED festgelegt hatte. Jeder, der kritisch eingestellt war, und jeder, der einigermaßen objektiv der Sache gegenüberstand, mußte sofort Aversionen haben.

Das war auch bei Ihnen so, Herr Kowalczuk. Sie haben während des Studiums gespürt, wie man aufgrund anderer ideologischer Anschauungen sofort den Repressionen des Staates ausgesetzt war. Sie sind auch aufgrund solcher Vorkommnisse „geext“ worden.

**Ilko-Sascha Kowalczuk:** Vielleicht habe ich mich vorhin ein bißchen undeutlich ausgedrückt: Es hat bei mir leider nicht ganz bis zum Studium gereicht in der DDR; ich studiere erst jetzt. Gestern fiel das Wort – ich glaube, Jürgen Fuchs hat es in Abwandlung von Václav Havel gesagt –, daß eine Motivation zum widerständigen Verhalten in der DDR der Versuch sei, in Wahrheit zu leben. Mir leuchtet das auch sehr ein. Für meine Person muß ich allerdings sagen, der erste wichtige Punkt war, herauszufinden: Was ist denn überhaupt die Wahrheit, was ist denn überhaupt Ehrlichkeit? Ich konnte das als in der DDR Aufgewachsener nicht so ohne weiteres unterscheiden. Mir schien erst einmal das die Wahrheit und die Ehrlichkeit zu sein, was mir tagtäglich aus den Zeitungen bzw. aus dem Fernseher und aus meinem Elternhaus entgegenkam.

Ich möchte jetzt über meine ganz persönliche Motivierung sprechen, darüber nachzudenken, was in meinen Augen damals Ehrlichkeit und eventuell auch Wahrheit sein konnte. Für mich waren in meinem bisher relativ kurzen Leben zwei Stränge wichtig. Das waren das Elternhaus und die Schule. Ich bin in einem Elternhaus aufgewachsen, wo die Ideologie der SED niemals in Frage gestellt worden ist, wo die Politik des Staates auf das nachdrücklichste unterstützt wurde, wobei mir meine Eltern gleichzeitig doch auch immer wieder mit auf den Weg gaben, ehrlich zu sein und das zu sagen, was ich denke. Allerdings lebten sie selbst die Schizophrenie, daß sie mir das

zwar verbal beizubringen versuchten, sich aber selbst doch etwas eigenartig verhielten. Wenn es z. B. klingelte, der Versicherungsvertreter vor der Tür stand und wir gerade „heute“ schauten, wurde ein anderes Fernsehprogramm eingestellt. Das sind Verhaltensweisen, die sich mir doch als ziemlich merkwürdig einprägten.

Ich bin jedenfalls groß geworden mit der Ideologie, daß hier das wahre Deutschland entstehe, als das sich die Deutsche Demokratische Republik aus der Geschichte legitimierte. Ich habe als Kind zunächst überhaupt keinen Grund gehabt, daran zu zweifeln, und habe mich mehr oder weniger in diese Richtung für meine Lehrer und meine Eltern und sicherlich noch für andere Leute hoffnungsvoll entwickelt. Ich habe dann irgendwann im „entscheidungsreifen Alter“ von zwölf Jahren ausgerufen: „Jawohl, ich möchte Offizier der Nationalen Volksarmee werden!“ Alle um mich herum waren begeistert, die Eltern und die Lehrer. Die Quote konnte erfüllt werden etc. Man zog mit mir ins Wehrkreiskommando, und auch da waren die Genossen sehr begeistert. Ich unterschrieb fröhlich gleich irgendwelche Papiere. Später habe ich erfahren, daß es selbst nach DDR-Recht gar nicht legal war, einen Zwölfjährigen so etwas unterschreiben zu lassen. Ich kann mich an ein Papier deutlich erinnern. Ich habe mich damals, mit zwölf Jahren, verpflichtet, daß ich, wenn ich eingezogen werde, keine West-Medien mehr empfangen und keine West-Menschen mehr treffen werde.

Nach ungefähr anderthalb Jahren merkte ich, daß im Gegensatz zu mir und meinen Mitschülern die Erwachsenenwelt meine Entscheidung ziemlich ernst nahm. Mir wurde doch allmählich im Magen, im Herzen und auch im Kopf etwas mulmiger. Am Ende der achten Klasse – ich war noch nicht einmal 15 Jahre alt – sagte ich: „Ich werde doch lieber irgend etwas anderes, vielleicht Elektriker oder Lokomotivführer, aber doch kein Offizier.“ Das verstanden nun wiederum meine Mitschüler, jedoch die Erwachsenen nicht.

Nun passierte etwas, was für mich ganz persönlich die erste Grunderfahrung in meinem Leben darstellte. Es begann eine Metamorphose ohne mein Zutun, denn mein Denken hatte sich eigentlich gar nicht verändert. Ich wurde buchstäblich über Nacht von einem hoffnungsvollen Kader im Alter von 14 Jahren zu einem potentiellen Feind. Ich wurde Woche um Woche mit meinen Eltern ins Wehrkreiskommando bestellt, wo Leute saßen, jedesmal fremde Männer, die mich ganz eindringlich immer wieder befragten, warum ich mir nicht zutrauen würde, ein sozialistisches Kollektiv zu führen. Ich sagte immer: „Das ist nun mal nicht mein Naturell.“ Aber das befriedigte die doch nicht so. Wir wurden also Woche um Woche hinbestellt. Meine Mutter hielt in dieser Zeit zu mir. Die Zeit war auch für meine Eltern nicht einfach, da gerade im Umkreis meines Vaters Erkundigungen eingezogen wurden: „Was ist denn in dieser Familie los, daß der Sohn nun auf einmal abspringt?“ Alle drei, vier Wochen gab es Versammlungen in der Schule mit Leuten aus

dem Wehrkreiskommando, sechs, sieben Lehrern und Schulfunktionären. Ich saß vor einer solchen Mannschaft und mußte immer wieder erklären, warum ich nicht unseren Staat schützen wollte, ob ich irgend etwas gegen den Staat hätte, ob ich für Krieg sei usw. Mir kam das merkwürdig vor.

Nach weit über einem Jahr – alle anderen hatten inzwischen eine Lehrstelle, nur ich tappte immer noch umher – gab es ein letztes Gespräch im Wehrkreiskommando. Dieses Gespräch hat sich bei mir sehr eingepreßt. Da saß ein Mann im weißen Rollkragenpullover, den ich mittlerweile kannte, der sagte zu mir: „Wir haben uns das jetzt alles angehört, aber, lieber Freund Kowalczuk, wissen Sie eigentlich, was Sie diesem Staat bisher an Ausbildung gekostet haben und was Sie ihm schuldig sind?“ Ich schnaufte wohl tief durch – meine Mutter hat mir das danach erzählt, ich hatte einen Blackout – und schrie ihn an, er solle mir eine Rechnung machen, ich gäbe ihm alles auf Heller und Pfennig zurück. Meine Mutter wurde blaß und wußte auch nicht mehr genau, was nun passieren würde, ob draußen irgendwelche Autos vorfahren würden. Er schrie mich nun genauso empört an: „Solche Typen wie Sie, die kenne ich, mit denen habe ich laufend zu tun! Sie werden als Krimineller im Gefängnis landen!“ Da war ich 15 Jahre alt. Ich bin hinausgegangen und hatte doch einen ziemlichen gedanklichen Knick in meinem Leben weg.

Ich möchte Ihnen noch zwei andere Geschichten erzählen – die eine liegt zeitlich vor dem, was ich eben geschildert habe, die andere danach –, um deutlich zu machen, wie der SED-Staat pubertäre Verhaltensweisen politisierte, wie er übermäßig reagierte und wie dadurch die von seiner Reaktion Betroffenen, wie es bei mir auch bis zuletzt war, trotz sozialistischer Ideale, die ich immer im Kopf hatte, die sich natürlich mit der real-sozialistischen Praxis rieben, allmählich in die Ecke des Hasses, der Opposition, wie es dann genannt wurde, in eine Ecke des Feindes gestellt wurden. Und ich fragte mich selbst immer wieder: „Was suche ich hier in dieser Ecke? Da gehöre ich doch eigentlich gar nicht hin!“ Aber man stand doch dort.

Die erste Geschichte spielt in der achten Klasse. Für die Damen und Herren, die nicht aus der DDR kommen: In der DDR gab es alle zwei Wochen das Fach „Praktische Arbeit“, PA. Man ist entweder in einen Betrieb gefahren, um dort vier oder fünf Stunden zu arbeiten, oder in eigens dafür errichtete Werkstätten. Damals waren wir gerade in einer solchen Werkstatt. Als wir dorthin kamen, standen welche vor der Tür und riefen den ankommenden Schülern entgegen: „Hier ist heute geschlossen, die Sache fällt aus!“ Wie Schüler so sind, wird gleich kehrtgemacht, ab nach Hause; es könnte ja sein, daß sich daran noch etwas ändert. Wir sind nach Hause gegangen, haben uns nichts dabei gedacht und haben das gemacht, was Schüler so tun.

Am nächsten Tag sind wir wieder regulär zur Schule gegangen. Es wurde einer nach dem anderen von den beteiligten Schülern zur Direktorin bestellt.

Uns war schon klar, daß es wegen dieser Sache sein würde. Wir sind nach und nach hineingegangen und haben uns immer zugerufen: „Laßt die mal reden, es wird halt ein Tadel werden, davon haben wir eh schon genug!“ Dann haben wir uns in der Pause, als das Gros durch war, unterhalten: Die suchen wieder mal den harten Kern, wie es immer so in der Schule gemacht wurde. In der Regel wurden sie auch bei der Suche nach einem harten Kern fündig, weil sie selber immer vorher wußten, wer der harte Kern sei. Da hatten sie wieder drei, vier Leute; ich zählte auch immer dazu. In meinen Beurteilungen in der Schule stand immer: „Er kann das Klassenkollektiv sowohl positiv als auch negativ beeinflussen.“

Dann waren dort diese drei, vier Leute, und da saßen auf einmal auch Herren, die ich bisher an dieser Schule nicht gesehen hatte. Ich kam herein, und man sagte: „Schildern Sie und doch einmal, wie das ablief.“ Ich habe es geschildert. „Wissen Sie eigentlich, was Sie da getan haben?“ sagte der auf einmal zu mir. Ich sagte: „Na ja, wir sind da abgehauen.“ „Nein“, hat er gesagt, „das war ein Streik, und zwar ein Streik mit den konterrevolutionären Methoden der Solidarnosc.“ (Heiterkeit)

Sie können sich vorstellen, daß mir bei der Erinnerung daran, auch wenn man jetzt darüber lacht, immer noch ein Schauer über den Rücken läuft. Unerfahren, pubertär und dümmlich, wie ich damals war, war mir doch klar, was es bedeutete, wenn so etwas gesagt wurde wie Solidarnosc. Es wurde mir mit auf den Weg gegeben: „Denken Sie daran, wir passen auf!“

Zwei Jahre später waren die „Kollegen“ wieder zur Stelle, eine ähnliche, völlig harmlose Aktion, wo wieder nichts geplant war. Wir waren nun endlich am Ende der zehnten Klasse angelangt. Wir hatten zumindest in den Kreisen, in denen ich mich bewegte, alle sehr deftig die Schnauze voll von dieser Schule. Wir haben uns überlegt, wir müßten diesen Abschluß doch ein bißchen zünftig feiern. Da kam in einem kleinen Kreis von zwei, drei Leuten die Idee: Wir wollten ein Freudenfeuer am Ufer des Berliner Müggelsees machen, allerdings nicht im Sinne der Nationalsozialisten mit einer Bücherverbrennung, sondern wir wollten nur unsere eigenen kümmerlichen Kritzeleien in diesem Feuer verbrennen. Wir haben eine Mund-zu-Mund-Propaganda gestartet, die dann auch andere Schulen unserer Gegend erreichte, und alle Klassen, die da abgingen, wollten mitmachen.

Ungefähr zehn Tage bevor die Sache steigen sollte, waren die Jungs wieder zur Stelle, zogen wieder einige Leute ins Direktorium, wo wieder Direktor, Lehrer und unbekannte Herren saßen, die diesmal von Anfang an nicht besonders freundlich waren. Ich kam herein, und dann ging es hin und her: „Was haben Sie vor?“ „Wir haben das und das vor.“ Ich fand das gar nicht schlimm und dachte: Die waren doch auch mal jung. Dann sagte der auf einmal: „Wann soll denn eigentlich die Hefteverbrennung, wie Sie es nennen, stattfinden?“ Ich dachte, das wirst du ihm doch nicht gleich verraten, und sagte: „Demnächst



irgendwie, ich bin da auch nicht so im Bilde.“ Da sagte er auf einmal: „Wir wissen es: am 17. Juni.“ Ja, dachte ich, na und? Dann fing er an, auf dem Datum herumzureiten. Ich dachte mir: Ist der denn völlig blöde! Nach einer Weile dachte ich doch darüber genauer nach, und dann fiel mir ein, daß an diesem Tag alljährlich im Westfernsehen irgendwelche ergrauten Herren irgendwelche Feierreden halten. (Heiterkeit und Beifall)

Als ich dann da so stand – man saß da nicht, sondern man stand immer vor diesen Leuten, auch wenn es drei Stunden dauerte –, fiel mir auf einmal ein, das muß einen Zusammenhang haben, es muß etwas mit der DDR zu tun haben. Dieser „sichere Junge“ gab mir dann ein Stichwort und sagte: „Sie wollen den 30. Jahrestag des 17. Juni begehen.“ Da dachte ich mir: „Mein lieber Schwan!“ Es ging hin und her, und ich mußte mich feierlich verpflichten, diese Hefteverbrennung abzusagen. Es gab aber gar nichts abzusagen, es gab ja kein Organisationsbüro, wo man sich an- und abmelden konnte. Ich konnte letztlich nur sagen: „Okay, ich mache da nicht mit“, was ich auch tatsächlich eingehalten habe. Aber damit haben die sich nicht zufriedengegeben. Sie sind immer wieder einmal gekommen und haben bei drei, vier Leuten, unter anderem bei mir, versucht herauszufinden, ob wir tatsächlich mit dem 17. Juni nichts anfangen konnten. Sie können es mir wirklich glauben: Ich konnte damals nicht allzuviel damit anfangen.

Am Ende dieser Gespräche sagte man mir – und das war die zweite Grunderfahrung, die mich geprägt hat –: „Wir wollen Ihnen eigentlich nur helfen, bei Ihrem tadellosen Elternhaus; aber die Solidarnosc-Kiste, diese Offizierskarriere und nun diese Hefteverbrennung – wer leitet Sie an?“ Ein 16jähriger Schüler und das Wort „anleiten“, das habe ich nie wieder vergessen. Das war für mich doch ein Grund, über mehr Dinge nachzudenken, als mir bis dahin in der Schule vermittelt wurden.

In diesem Alter von 16 Jahren fing das an, was man dann alles so machte, wie es auch gestern beschrieben wurde. Ich machte das natürlich nicht allein. Insofern ist es auch nicht gerechtfertigt, daß ich hier sitze. Ich hätte bestimmte Sachen auch nie machen können, wenn ich nicht immer ein sehr starkes Umfeld von Freunden gehabt hätte, bei denen man sich Kraft holte. Sie wissen, wie es in der DDR war: Man holte sich Kraft nicht aus irgendwelchen beruflichen oder sonstigen Erfolgen, sondern aus einem persönlichen Umfeld. Da machten wir all die Sachen, die gestern in der einen und anderen Form auch zur Sprache gekommen sind.

Wir versuchten, letztendlich eine Gegenkultur in unserem eigenen Kreis auszubilden, angefangen bei Lesungen bis zum Verfassen von Texten, die wir dann diskutierten. Wir starteten Aufräumaktionen im Elbsandsteingebirge. Es störte uns, daß dort soviel Dreck umherlag und die Wege abgetrampelt wurden. Ich schrieb an die Gemeinden Briefe und meldete uns sozusagen an. Ich hatte nicht unbedingt erwartet, daß sie auf dem Bahnhof stehen und uns

mit Fähnchen begrüßen. Aber sie schickten mir Briefe zurück und schrieben, solche Typen wie uns wollten sie dort nicht haben.

Wir wollten eigene Solidaritätsaktionen starten. Es war immer wieder der Versuch, mit dem Staat, mit den Organisationen in Kontakt zu kommen. Wir sind zum Solidaritätskomitee der DDR gegangen und haben gesagt: „Wir sind sehr dafür, sich in bestimmten Regionen der Welt zu engagieren, und wir als die Reichen dieser Welt haben da eine besondere Verantwortung; aber wir wollen doch, bitte schön, ganz genau wissen, wo das Geld hingehet und daß dafür keine Waffen gekauft werden.“ Man warf uns hinaus und hat gesagt: „Entweder Sie vertrauen uns oder Sie vertrauen uns nicht; sonst funktioniert das nicht.“ Und so saßen wir auf unserem Geld.

So gab es noch viele andere Sachen: die politisch motivierten Eingaben, die Kollektiveingaben oder das Schreiben von Artikeln. Ich bin mit einer gewissen Naivität geschlagen gewesen. Ich konnte mir gar nicht vorstellen, daß das alles systematisch geschah. Das dauerte eine ganze Weile. Ich schickte z. B. Artikel an die „Weltbühne“. Ich machte aus Lenin-Zitaten gewissermaßen eine Zitatencollage zur Pressefreiheit – es wird vielleicht manchem von Ihnen ein bißchen merkwürdig vorkommen, daß man das mit Lenin machen kann, aber das geht tatsächlich – und schickte das an die „Weltbühne“. Die „Weltbühne“ meldete sich drei Monate lang nicht. Nach drei Monaten meldete ich mich aber; ich schrieb wieder einen Brief und fragte, was mit meinem Artikel ist. Zehn Tage später bekam ich eine Antwort: „Lieber Herr Kowalczuk, leider ist Ihr Artikel in den Redaktionspapieren untergegangen; aber für Ihre tolle Idee zahlen wir Ihnen ein Ideenhonorar von 150 Mark.“ (Heiterkeit)

Solche Sachen gingen Stück für Stück weiter, bis hin zur Anklage, die dann zum Glück aufgrund der Revolution 1989 niedergeschlagen wurde. Ich möchte kurz erzählen, wie es dazu kam, weil es vielleicht manche interessiert. Ich bin im Jahre 1988 die üblichen 18 Monate zur Armee einberufen worden. Ich war der einzige aus meinem Freundeskreis, der überhaupt zur regulären Armee ging. Die meisten gingen zu den Bausoldaten, die anderen verweigerten total. Das war auch kein Problem zwischen uns, aber ich sagte immer: „Wenn ich nicht regulär zur Armee gehe, muß ich dieses Land verlassen; denn ich möchte eines Tages studieren, und wenn ich das nicht mache, habe ich überhaupt keine Chance mehr.“ Ich hatte also immer noch die Hoffnung, da würde etwas passieren.

Ich bin also zur Armee gekommen und hatte während meiner Armeezeit einfach Pech. Denn draußen wäre mir mit dem, was ich so gemacht habe, überhaupt nichts passiert. Aber in der Armee, sozusagen als Abbild der Gesellschaft, ist alles noch ein bißchen extremer, wird jede kleine Äußerung noch genauer registriert und alles noch genauer verfolgt. Es kamen Ereignisse wie das „Sputnik“-Verbot oder die Wahlfälschung. Die Wahlfälschung hatte für mich noch ein besonderes Problem. Ich befand mich in einer kleinen Einheit

bei Strausberg, die sich verpflichtet hatte – natürlich ohne die Soldaten zu fragen –, daß alle bis 7.45 Uhr gewählt haben. Das hatten auch alle außer mir getan, und ich sagte: „Ich wähle nicht.“ Das gab ein bißchen Unruhe bei den Genossen. Sie waren wahrscheinlich einfach nur sauer, daß sie sich mit mir den ganzen Tag auseinandersetzen mußten. Es ist ein Sonntag gewesen, die Offiziere mußten kommen und durften nicht mehr heraus.

Dann kam China. Und Ende Juni machte ich zum ersten Mal mit dem Begriff „Konspiration“ Bekanntschaft. Bis dahin war das für mich ein Begriff aus den Geschichtsbüchern; ich habe damit immer den Widerstand im Nationalsozialismus verbunden. So etwas wäre uns nie eingefallen. Aber bei der Armee kam irgendwann tatsächlich so ein Punkt, Mitte Juni. Ich entwickelte die Idee, sozusagen die Demokratisierung der Armee voranzutreiben, und habe ein Modell entwickelt, das ein Vierteljahr später ironischerweise verwirklicht wurde. Ich arbeitete das Modell eines Soldatenrates aus und habe zwei, drei Leute in meine „konspirativen Pläne“ eingeweiht. Dummerweise schienen das die Falschen gewesen zu sein, denn die Genossen waren mir sehr schnell auf der Spur. Dann ging die Hatz los. Aber das ist insofern nicht der Rede wert, als vier Monate später die ganze Sache vorbei war. Ich konnte mir dann auf die Fahne schreiben, daß ich den ersten Soldatenrat in der DDR in der Wendezeit initiiert habe. (Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte noch einen Abschlusssatz sagen: Wenn wir über die Grenzen widerständigen Verhaltens nachdenken wollen, müssen wir bei der Generation, die ich hier vertrete, bedenken, daß uns eine Grunderfahrung fehlt, wie sie vielen von Ihnen beschert wurde mit dem 17. Juni 1953 oder – mit etwas Fernsicht – mit dem August 1968. Wir waren in vermeintlich zementierten Verhältnissen, in denen das Denken, allein das emanzipatorische Denken eine schwere Sache war, die man sich erst ziemlich hart antrainieren mußte. (Beifall)

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Vielen Dank. Ich finde die Zeitzeugenberichte lebendig, und vor allen Dingen erreichen wir mehrere Effekte bei dieser Anhörung, insbesondere wenn ich an Ihren Einwurf denke mit den „graumelierten Herren“, die am 17. Juni sprachen, was jeweils vom Fernsehen übertragen wurde. Letztlich ist mir auch deutlich geworden: Wie verängstigt und verunsichert müssen im Prinzip die Schergen des Systems gewesen sein, wenn sie selbst in Kinderstreichen politische Methoden sahen. Das ist so schizopren, daß man es sich fast gar nicht vorstellen kann.

Herr Meusel, ich möchte Sie bitten, daß Sie uns auch Ihr persönliches Schicksal schildern.

**Georg Meusel:** Wenn ich darüber nachdenke, was mich in der DDR zu gesellschaftskritischem Verhalten motiviert hat – damals machte ich mir über meine Motive wenig Gedanken –, so meine ich, daß es vor allem der Hunger nach mehr Gerechtigkeit war, die Tradition, aus der ich als Sohn eines

während des Faschismus amtsenthobenen Pfarrers der Bekennenden Kirche kam, anfangs aber auch das in der ersten DDR-Verfassung von 1949 in Artikel 4 genannte Recht und die Pflicht zum Widerstand. Es war auch der Leidensdruck, den die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Sozialismus in mir auslöste.

Außerdem prägten mich die Befreiungsbewegungen in anderen Ländern stark mit, insbesondere die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung in den USA und der politische „Prager Frühling.“ „Ich wollte kein Zuschauer sein“, wie es Martin Luther King einmal ausdrückte, „ich wollte dort stehen, dort mittun, wo sich die Dinge entscheiden.“ Von Gandhi und King aber lernte ich vor allem, die Gewaltfreiheit anzunehmen, und zwar nicht als Notbehelf, sondern als bewußt bejahte Form, in der der Zweck nicht das Mittel heiligt und in der der Weg schon das Ziel ist.

Die Bombennächte der letzten Kriegstage in Zwickau-Planitz – ich war damals drei Jahre alt – sind meine früheste Kindheitserinnerung. Vielleicht wurde von daher die Friedensbewegung mein politisches Hauptbetätigungsfeld, Friedensbewegung, die immer auch emanzipatorische Bewegung war.

Mit ging es nicht um den Sturz des Systems. Ich versuchte, die DDR in ihrer Restlegalität anzunehmen und nach Möglichkeit legal verändern zu helfen. Ich wollte im Vertrauen auf die Veränderbarkeit von Menschen, was auch dem biblischen Menschenbild entspricht, dazu beitragen, die DDR-Gesellschaft menschlicher, friedlicher und freundlicher zu gestalten.

Einige Beispiele für meine Versuche, mich in der DDR gesellschaftskritisch einzubringen: Ich sandte scharfe Protestbriefe gegen das Kirchentagsverbot 1961 – es war kurz vor dem Mauerbau – an den Polizeipräsidenten von Berlin, Generalmajor Eikemeier, wobei ich mich ausdrücklich auf die Widerstandspflicht aus der DDR-Verfassung berief, an Wilhelm Pieck gegen die Sperrung des Rüstzeitenheimes in Lauenhain, später gegen das Verbot des Posaunenfestes in Leipzig. Ich habe in der Jungen Gemeinde die Friedensthematik einzubringen versucht, vor allem mit Hilfe von Antikriegsliteratur: Remarque, Borchert, Böll, Albrecht Goes.

Unmittelbar nach Einführung der Wehrpflicht in der DDR verweigerte ich 1962 den Wehrdienst, ohne daß mir daraufhin etwas passierte.

Die Zerschlagung des „Prager Frühlings“ war der für mich schwerste politische Schock. Zum Beginn des Generalstreiks in der CSSR im August 1968 löste ich im Betrieb Alarm aus. Ich wurde nicht entdeckt. In der Jungen Gemeinde organisierte ich aufgrund der DDR-Beteiligung an der Invasion eine Entschuldigungsbriefaktion an tschechische Adressaten.

Seit 1968 gestaltete ich philatelistisch-dokumentarische Exponate über Martin Luther King und den gewaltfreien Kampf, über die Friedensbewegung, über „Koexistenz – Pro Existenz“ und über die Bausoldaten in der DDR und ver-

suchte damit, über den Kulturbund diese Themen aus Kirchenmauern heraus in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Toleranzschwelle war unterschiedlich. Mit dem King-Exponat – das hatte eine Art Alibi-Funktion – konnte ich auf Ausstellungen bis zum nationalen Rang sowie zu Weltausstellungen 1983 in Poznan und 1988 in Prag sowie einer Freundschaftsausstellung 1978 in Stalingrad/Wolgograd Zehntausende von Besuchern erreichen.

Selbst die Russen haben trotz der Sprachbarriere mein Anliegen verstanden. Nicht nur, daß sie auf ihren Urkunden das bei uns so verpönte Schwerter-zu-Pflugscharen-Symbol abdruckten, sondern daß sie mir aus Wolgograd eine Tolstoi-Plastik mitgeschickt haben mit der Bemerkung, daß Tolstoi ja auch ein Vertreter der Gewaltlosigkeit gewesen sei. Ich hätte nie erwartet, daß es gelingen kann, das Anliegen der Gewaltfreiheit so gut rüberzubringen.

Meine anderen Exponate – außer dem King-Exponat – dagegen wurden wegen ihrer pazifistischen Tendenz immer wieder nur gekürzt oder gar nicht ausgestellt, also ziemlich stark zensiert, und das mit der Bausoldatenthematik wurde regelrecht verboten, so daß ich das nur im kirchlichen Bereich verwenden konnte, wo es aber auch schon ausreichend Wirkungsmöglichkeiten hatte. Ich hatte versucht, das in einer Art und Weise zu präparieren, daß es möglich gewesen wäre, es auch öffentlich zu zeigen. Das Gesetzblatt über die Bausoldaten auf der Titelseite war ja legal. Es kursierte zwar nicht, es wurde nicht veröffentlicht, es war ein gewisses Tabu-Thema, aber es war nicht illegal. Es gab zwei Stellen, wo man das Gesetzblatt beziehen konnte, wenn man das wußte. Das war der Zentralversand Erfurt und ein Ladengeschäft in Berlin. Und wir haben es für unser Friedensseminar zu Tausenden dort bestellt und unter die Leute gebracht. Aber hier ging das eben nicht.

Ich habe dann 1973 in Königswalde bei Werdau in Westsachsen das erste und größte Friedensseminar in der DDR mitgegründet, dessen Hauptinitiator der Kraftfahrzeugelektriker und frühere Bausoldat Hansjörg Weigel war, und arbeitete während der folgenden 20 Jahre – es besteht heute noch – dort mit. Unser Anliegen war, die zeitweise bis zu jeweils 600 Teilnehmer aus der ganzen DDR politisch zu informieren, zu sensibilisieren und zum Handeln zu befähigen, natürlich auch Kontakte herzustellen und Atmosphäre zu schaffen, damit sich die Teilnehmer wohl fühlten. Ich könnte darüber viel sagen. Aber hier ist ja der einzelne das Thema.

Unmittelbar nach der Ausbürgerung Biermanns telegraphierte ich protestierend ans ZK der SED, setzte mich für Havemann ein und schrieb mit all den positiven und negativen Erfahrungen, die man so machte, im Laufe der Zeit immer wieder kritische Eingaben an die Partei- und Staatsführung gegen die Raketenstationierung, für innenpolitische Verbesserungen, z. B. in der Informationspolitik, im Umweltschutz und für Reiserleichterungen.

Als während einer Atomschlagübung 1981 in unserem Wohnbezirk die Bewohner zwei Tage lang ihr Haus nicht verlassen durften und ihre Fensterschei-

ben diagonal mit Klebestreifen gegen Splitterwirkung zu versehen hatten – unter Umständen sollte es auch schon helfen, wenn man sich mit dem „Neuen Deutschland“ zugedeckt hat – (Heiterkeit), hat meine Familie als einzige dies abgelehnt, und unsere Kinder hängten weiße Papierfriedenstauben in die Fenster.

Während der Auseinandersetzung meiner Familie in Schule und Öffentlichkeit um den Wehrunterricht und die Schwerter-zu-Pflugscharen-Aufnäher schrieb ich Informationsbriefe über die Wehrlager an den Elternbeirat und an Klasseneltern. Die sind überhaupt nicht informiert worden, was mit dem Wehrunterricht inhaltlich auf sie zukam, was da freiwillig und was da obligatorisch war. Wir waren auf dem Leipziger Kirchentag an Informationen herangekommen, und ich habe es in den Elternbeiräten verbreitet. Es gab Riesenstunk, und der Erfolg war eigentlich beschämend gering. Die Erfahrung war leider: Die Eltern wollten das nicht wissen. Sie haben in der Regel ihre Unterschrift unter die Erklärung zur Teilnahme ihres Sohnes am Wehrlager gesetzt, um ihre Ruhe zu haben, ohne zu wissen, wie es dort geknallt hat, daß dort mit KK-Waffen geschossen wurde usw.

Unseren vier Kindern verweigerten wir die Teilnahme am Wehrunterricht. Es ist daraufhin auch nichts passiert. Nachdem aber meinem Sohn von zwei Polizisten in Dresden sein Aufnäher abgetrennt und beschlagnahmt worden war, erstattete ich aus Protest Anzeige gegen Unbekannt, und zwar wegen Verstoßes gegen § 222 Strafgesetzbuch, wo es hieß:

„Wer in der Öffentlichkeit . . . Symbole, anderer Staaten böswillig zerstört, beschädigt, wegnimmt oder in anderer Weise verächtlich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren . . . bestraft.“

Das habe ich für mich in Anspruch genommen und habe diese Anzeige erstattet.

„Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?“ 1982 beantragte ich unter dem Eindruck des von Prof. Gerhard Voigt aus Halle entworfenen Abrüstungssymbols mit dem schwarzen Mann, der vor grünem Globus sein Gewehr zerbricht, den Druck von 6.000 Postkarten und Briefumschlägen mit diesem Motiv. Nicht die umgekehrte NATO-Schüssel mit der Blume, zur NVA-Blechmütze umgezeichnet, die wir bis jetzt immer als unser Symbol im Friedensseminar verwendet hatten, nicht der sowjetische Schmied, der nie damit fertig wird, sein Schwert zur Pflugschar zu schmieden, nein, endlich ein DDR-eigenes Symbol, preisgekrönt für die UNO-Abrüstungssondertagung in New York, und schon fertig damit – der schwarze Mann – sein Gewehr zu zerbrechen. Es war nach der Kampagne gegen die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ und während der Solidarnosc-Ära in Polen.

Die mit Hilfe des Kulturbundes erlangte Druckgenehmigung für die 6.000 Karten und Kuverts wurde kurz vor Fertigstellung mündlich widerrufen, doch versehentlich nicht eingezogen. Ich gab nicht auf, ließ neue Klischees

ätzen, doch der mir dabei half, verlor beinahe seine Arbeitsstelle. Ich gab nicht auf, ließ im nicht-Karl-Marx-städtischen „Ausland“, in Gera, neue Klischees ätzen und mit der alten Druckgenehmigung, die ja eigentlich nicht mehr gültig war, im nicht-Kreis-Werdauer „Ausland“, wo man auch nicht so genau durchgesehen hat, in Meerane, drucken. So nah am Ziel, kurz vor der Verteilung, schlug die Stasi zu, mit nächtlichen Verhören und einem unglaublichen Aufwand an Personen, Fahrzeugen und Technik, meine Familie zu demoralisieren, bis ich die inzwischen 7.000 Karten aus dem Karton – da paßten nämlich 1.000 Stück mehr hinein – einzeln auf den Schreibtisch zählte, was ich dann im VPKA Werdau tun mußte – einzeln, „daß ihm auch nicht eines fehle von der ganzen Zahl“.

Eine Handvoll dieser Karten, die ich, eigentlich für jedermann zugänglich, am Blumenständer bei uns im Treppenhaus versteckt hatte, fehlte allerdings doch. Die konnte ich hinüberretten, und zwei Stück der Karten, zwei Stück von 7.000, sind postalisch echt gelaufen, seltener als die blaue Mauritius. (Beifall)

Es war schon für mich ziemlich hart, so nah am Ziel zu sein und dann diese Enttäuschung zu erleben. Der Kulturbund war inzwischen abgesprungen. Die hatten Angst bekommen. Aber eine Woche darauf war Friedensseminar. Ich hätte die Karten dort unter die Leute bringen können, und weg wären sie gewesen. Aber leider schlugen sie ein paar Tage zuvor zu.

Vier Jahre lang bemühte ich mich, gegen kirchliche Vorbehalte, gegen staatliche Bürokratie und finanzielle Hürden den großen Martin-Luther-King-Dokumentarfilm „... dann war mein Leben nicht umsonst“ in die DDR zu bekommen. Um die mehr als 3.000 Westmark dafür zusammenzukriegen, schmuggelte ich in mehr als 100 Briefen Sammlerbriefmarken in die BRD, und Freunde aus der westdeutschen Friedensbewegung halfen mir mit Spenden. 1987, nach vier Jahren, konnte die DDR-Erstaufführung des Films bei uns in Werdau stattfinden. In den zwei Jahren bis zu den Oktoberdemos 1989 erreichte der Film in 138 Aufführungen in der DDR, zumeist in kirchlichen Räumen, mehr als 10.000 Zuschauer. Ich bin davon überzeugt, daß die Beschäftigung mit Leben, Kampf und Gedankengut Martin Luther Kings in Kirchengemeinden und Friedensgruppen den Geist der Gewaltfreiheit in den Friedensgebeten des 89er Herbstes, aus denen die Demonstrationen hervorgingen, mitgeprägt und so zum gewaltfreien Verlauf der DDR-Revolution beigetragen haben.

Möglichkeiten zu oppositionellem Handeln in der DDR gab es viele. Woran es den meisten Menschen mangelte, war vor allem Zivilcourage. Für die Grenzen bestanden keine festen Regeln, sie mußten im Einzelfall immer wieder ausgelotet, das Risiko abgewogen werden, wann Zivilcourage zuviel Courage werden konnte. Kriterien konnten sein, wann ein gewisses Maß an Öffentlichkeit überschritten wurde oder welchen Rückhalt man in einer Gruppe

oder bei der Kirche hatte. Die Einbeziehung von West-Medien lehnten sowohl ich als auch unser Friedensseminar ab.

„Zivilcourage – zuviel Courage“ oder „Die Marder sind unter uns“? In meiner rund 2.500 Seiten zählenden Stasi-Akte wurde ich als Operativer Vorgang „Marder“ geführt. Im Eröffnungsbericht heißt es,

„daß der Verdächtige bestrebt ist, die für die kapitalistischen Verhältnisse entwickelte Kampfesform des gewaltlosen Widerstandes auf die sozialistischen Verhältnisse in der DDR zu übertragen und eine Bürgerrechtsbewegung ins Leben zu rufen.“

Was aber dann folgt auf meine Versuche, innerhalb und außerhalb der Strukturen etwas zu bewegen in dieser Gesellschaft, ist ein permanentes bewußtes Mißverstehen, Mißverstehen im doppelt negativen Sinn: Mißverstehen nicht nur zum Nachteil des Mißverstandenen, sondern auch zum Nachteil des Mißverstehenden. Ein solches System hat sich selbst zum Scheitern verurteilt.

Aber für mich wäre der Rückzug in die Nische oder der Gang nach dem Westen nichts gewesen. Das politische Engagement hat viel Zeit, Kraft und Gesundheit erfordert. Aber ich bzw. wir haben uns in der DDR mehr Freiheit genommen, als uns zugeteilt wurde. Und wir haben dabei Solidarität, Liebe und Glück, Hoffnung und Bewahrung erlebt. (Beifall)

**Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP):** Vielen Dank auch Ihnen, Herr Meusel.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sollten wir die Fragerunde einleiten. Aufgrund dessen, daß die Anhörung darauf angelegt war, den einzelnen hier die Möglichkeit zu geben, über ihr Schicksal zu berichten, müssen freilich die Fragen etwas in den Hintergrund treten. Bei der Worterteilung gehe ich in der Reihenfolge der Wortmeldung vor. Erster ist Markus Meckel.

**Abg. Meckel (SPD):** Die erste Frage an den Referenten des Morgens: Wir haben an konkreten Beispielen sehr eindrücklich gehört, wie sich eine ganze Reihe von Menschen der Anwerbung als Informelle Mitarbeiter verweigert haben. Das fand ich sehr beeindruckend. Kann man dies oder ähnliches nach Ihrer Einschätzung auf andere Ebenen der Verweigerung übertragen, das heißt, also in die Schule, in die Hochschule, ins Berufsleben? Gibt es dafür auch Beispiele, die Sie natürlich jetzt nicht alle darstellen konnten, in den Akten, die Sie mit auswerten und zur Verfügung haben?

Die zweite Frage geht an Michael Beleites und bezieht sich insbesondere auf den letzten Teil, der weniger seine Arbeit damals, die schon einmal dargestellt worden ist, sondern die Frage der Rehabilitierung wegen beruflicher Benachteiligung betrifft. Könntest Du die Frage der Möglichkeiten eines Studiums und das, was Du hier für notwendig erachtest, vielleicht doch noch einmal kurz inhaltlich benennen?